

Dialog Handwerk

Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen
Handwerks am 17. Januar 2019

Wohin mit dem Geld?
Vorsorge und Vermögensbildung
im Mittelstand

Schriftenreihe:
Dialog Handwerk 1 | 2019

Herausgeber:
Handwerk.NRW e. V.

Verantwortlich:
Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:
Günter Labes

Bilder:
Wilfried Meyer

Gestaltung:
Jessica Handke

Wohin mit dem Geld? Vorsorge und Vermögensbildung im Mittelstand

Dreikönigstreffen 2019 des nordrhein-westfälischen Handwerks

Dokumentation des Dreikönigsforums mit

Andreas Ehlert
Uwe Fröhlich
Ulrich Leitermann
Klaus-Peter Schöppner
Berthold Schröder
Hans-Joachim Hering
Holger Steltzner, Moderator

in der DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
Ludwig-Erhard-Allee 20, Düsseldorf
am Donnerstag, 17. Januar 2019

Dialog Handwerk 1 | 2019

Inhalt

3 Zum Geleit

4 Begrüßung

Andreas Ehlert
Präsident HANDWERK.NRW

8 Podiumsdiskussion

Uwe Fröhlich
Co-Vorstandsvorsitzender der DZ Bank AG

Ulrich Leitermann
Vorstandsvorsitzender der SIGNAL IDUNA Gruppe

Klaus-Peter Schöppner
Inhaber und Geschäftsführer der Mentefactum GmbH

Berthold Schröder
Präsident der Handwerkskammer Dortmund

Holger Steltzner, Moderation
Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)

34 Schlusswort zur Podiumsdiskussion

Hans-Joachim Hering
Vizepräsident HANDWERK.NRW

38 Grußwort zum Abendessen

Uwe Fröhlich
Co-Vorstandsvorsitzender der DZ Bank AG

41 Bisherige Veröffentlichungen

Zum Geleit

„Wohin mit dem Geld?“ – diese spielerische Leitfrage unseres Dreikönigsforums im Januar 2019 führte schnell auf den harten Boden der Tatsachen: Die Welt der niedrigen oder gar der negativen Zinsen spielt den Staaten in die Hände, die die Kosten ihrer Verschuldungspolitik niedrig halten wollen. Aber sie bietet ein denkbar schlechtes Umfeld für Unternehmen und Private, kluge Vorsorgeentscheidungen zu treffen und vorausschauende Investitionen zu tätigen. Wenn Politik zu erratischen Entscheidungen kommt und in großer Hektik die Rahmenbedingungen des Investierens und Sparens verändert, dann wird ein wichtiges Gut ganz knapp: Vertrauen.

Die Diskussion darüber wurde auch diesmal wieder von Holger Steltzner geführt – zu diesem Zeitpunkt noch Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Beider Wege haben sich inzwischen überraschend getrennt. Wir haben Holger Steltzner nicht nur als Moderator unseres Dreikönigsforums und anderer Veranstaltungen, sondern auch als Leitartikler und publizistische Stimme immer außerordentlich geschätzt. Wir hoffen sehr, dass er mit der Autorität seines ordnungspolitischen Arguments auch künftig eine wichtige und vernehmbare Stimme im deutschen Wirtschaftsjournalismus bleibt. Denn er steht wie kaum ein anderer dafür, dass man ökonomische Fragen nicht im öffentlichen Erregungszustand, sondern nüchtern und fundiert diskutieren muss.

Die Rolle der Medien in der „Erregungsdemokratie“ war denn auch das Thema beim anschließenden Abendessen. Michael Bröcker, Chefredakteur der Rheinischen Post, gab dazu einen ebenso kritischen wie selbstkritischen Einblick in das Innere der Medien und machte dabei aus seinem Herzen keine Mördergrube. Deshalb galt diesmal die „Chatham House Rule“: Das offen ausgesprochene Wort bleibt „unter drei“ im Raum und wird nicht veröffentlicht. Wer dabei war, weiß: Das Kommen hat sich gelohnt. Und wir freuen uns zusammen mit unseren Gastgebern in der DZ Bank schon auf den nächsten Termin am 20. Januar 2020!

Düsseldorf, im April 2019

HANDWERK.NRW

Andreas Ehlert
Präsident

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke
Hauptgeschäftsführer

Begrüßung

**Andreas Ehlert,
Präsident HANDWERK.NRW**

Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle ganz herzlich zu unserem diesjährigen Dreikönigsforum in den Räumen der DZ BANK begrüßen. Ich wünsche Ihnen von Herzen für das neue Jahr Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit.

Es mag Jahre geben, in denen solche Wünsche zum neuen Jahr etwas floskelhaft wirken oder einfach so dahingesagt werden, und Jahre, in denen man nicht immer sensibel für das ist, worauf es im Leben wirklich ankommt. Das ist diesmal ganz gewiss nicht so. Kurz vor Weihnachten verstarb im Alter von nur 51 Jahren Reiner Nolten. Reiner Nolten ist im Handwerk bestens bekannt. Wenn jemand so früh plötzlich von uns geht, wird man nachdenklich und demütig.

Reiner Nolten war über viele Jahre hinweg Hauptgeschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertages und Geschäftsführer der Landesgewerbeförderungsstelle. Allein in diesen beiden wichtigen Funktionen hat er ungeheuer viel für das Handwerk geleistet. Er hat sich aber auch in sehr vielen anderen Ämtern und Funktionen für das Handwerk engagiert. Es ist heute an dieser Stelle nicht der Ort, seine Leistung für das nordrhein-westfälische Handwerk und für das Handwerk umfassend zu würdigen. Dazu wird es in der kommenden Woche auf Einladung des Westdeutschen Handwerkskammertages in Raesfeld noch eine besondere Gelegenheit geben.

Deshalb nur so viel: Für uns alle im Handwerk ist es immer noch unfassbar, dass er nicht mehr unter uns ist. Wir können nur mit großer Dankbarkeit und tiefem Respekt auf seine Lebensleistung zurückblicken. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie ihn in Ihre Gedanken und Gebete einschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser diesjähriges Dreikönigstreffen wäre auch in diesem Jahr nicht möglich ohne die große Gastfreundschaft der DZ BANK. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir auch in diesem Jahr wieder in der DZ BANK zu Gast sein dürfen. Sehr freue ich mich darüber, dass unser Gastgeber persönlich anwesend ist, einer der beiden neuen Vor-

standsvorsitzenden der DZ BANK, Herr Uwe Fröhlich. Die Gastfreundschaft, die wir in diesem Haus spüren, ist außerordentlich. Bitte geben Sie diesen Dank, Herr Fröhlich, auch an Ihre vielen Mitarbeiter weiter, die im Hintergrund wirken. Sie sind aber nicht nur in Ihrer neuen Funktion anwesend, sondern setzen sich auch hier oben hin. Das finden wir besonders großartig. Danke schön, Herr Fröhlich.

(Beifall)

Dieses Dreikönigstreffen ist aber für uns auch eine wunderbare Gelegenheit, die historische, geistige und wirtschaftliche Verbindung von Handwerk und Genossenschaftswesen herauszustellen. Wir haben bei uns im Vorstand von HANDWERK.NRW auch einen Vertreter des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbanken sind ein ganz wichtiger Partner für das Handwerk. Genossenschaftsbanken und Handwerk verbindet eine gemeinsame Philosophie, aus der sich mittelständisches Unternehmertum und überhaupt dezentrale Verantwortungsstrukturen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ableiten lassen. Dafür müssen wir gemeinsam arbeiten und unser politisches Gewicht, das wir an den unterschiedlichsten Stellen in der Wirtschaft haben, in die Waagschale werfen. Das ganz besonders in einem Jahr, in dem es um die Zukunft Europas geht, um die Zukunft der europäischen Integration. Wir brauchen nämlich ein Europa, das nicht immer mehr Kompetenzen an sich zieht und sich mit unzähligen Kleinigkeiten in viele Lebensbereiche einmischt, die viel besser an anderer Stelle zu regeln wären. Wir brauchen ein Europa, das sich auf die wichtigen und grundlegenden Aufgaben konzentriert, ein Europa, das den dezentralen Strukturen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Raum zur Entfaltung und auch Raum zur Selbstverantwortung gibt. Das gilt für unsere demokratische Kultur in unseren Kommunen, in den Landtagen, aber eben auch auf nationaler Ebene. Dies gilt ganz besonders für Handwerk und Mittelstand und für den ganzen Banken- und Versicherungssektor.

Wenn wir gleich der Frage nachgehen, „Wohin mit dem Geld?“, verbunden mit den Fragen nach Mittelstandsfinanzierung, nach Vorsorgestrategien, nach Investitionsmöglichkeiten, werden wir unweigerlich auf die Rahmenbedingungen



zu sprechen kommen, die sich aus der Währungsunion und aus der Bankenunion ergeben.

Europa hat in nahezu allen wichtigen Fragen eine ungeheure Präsenz. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir im Jahr der Europawahl über Perspektiven der Integration diskutieren, weil uns weder naive Europaeuphorie noch dumpfe Europaskepsis weiterhelfen. Wir brauchen am Ende eine nüchterne Debatte darüber, welche Aufgaben Europa realistischerweise übernehmen kann und übernehmen muss. Wir brauchen eine nüchterne Debatte darüber, an welchen Stellen die europäische Integration zu weit getrieben wurde, wo sie überfordert ist und am Ende sich selbst gefährdet. Ich bin überzeugt davon, dass das Subsidiaritätsprinzip die richtige Antwort für Europa bietet.

Das wollte ich vorab sagen, bevor wir gleich in die Diskussion hineingehen, und zwar gerade zu Beginn eines Jahres, in dem die Europawahlen stattfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es haben wieder viele die Last auf sich genommen und gesagt: „Bevor wir heute Abend gemeinsam miteinander essen und die Sternsinger begrüßen, tue ich mir erst mal schwere Kost an.“ Dafür sind wir sehr dankbar.

Es haben wieder viele interessante Gäste den Weg zu uns gefunden. Meine Kollegen aus dem Handwerk sind naturgemäß stark vertreten. Ich freue mich sehr, dass der erste Handwerker Deutschlands, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Peter Wollseifer, unter uns ist. Wir haben eben schon gemeinsam eine Vorstandssitzung gehabt. Jetzt nimmt er sich die Zeit, hier mitzudiskutieren. Im Namen aller meiner Handwerkskollegen dir, lieber Peter, ein ganz herzliches Willkommen.

(Beifall)

Ich freue mich sehr über die Anwesenheit meines Präsidentenkollegen der befreundeten Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf. Lieber Herr Schmitz, Sie hatten selber in der vergangenen

Woche eine große Veranstaltung mit 1.400 Gästen. Sie hätten auch gerne den Bundestagspräsidenten, Wolfgang Schäuble, zu Gast gehabt. Der ist aber nicht gekommen. Dann haben Sie ganz spontan Michael Bröcker auf die Bühne gerufen, den wir heute Abend bei uns im Handwerk zu Gast haben. Er hat bei Ihnen schon einmal über dürfen. Das war hohe Improvisationskunst. Sie, lieber Herr Schmitz, sind selber absoluter Fachmann bei dem Thema, das wir gleich hier besprechen wollen.

Genauso natürlich auch Reinhold Schulte, der Aufsichtsratsvorsitzende der SIGNAL IDUNA Gruppe. Lieber Herr Schulte, wunderbar, dass Sie sich zu diesem wichtigen Thema die Zeit genommen haben. Obwohl ich es nicht verraten sollte, sage ich es trotzdem: Er hat heute einen besonderen Ehrentag. Den verbringt er mit uns gemeinsam beim Handwerk. Toll, dass Sie dabei sind, lieber Herr Schulte.

(Beifall)

Eben habe ich auch Georg Fortmeier, den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, gesehen. Schön, dass Sie heute Nachmittag die Zeit finden, bei uns beim Handwerk zu sein. Wir tauschen uns regelmäßig aus und sind in gutem Kontakt miteinander. Danke, dass Sie zu uns gekommen sind.

Ich sehe auch viele alte Freunde aus der Enquetekommission. Am 26. März findet der nächste Termin statt, an dem über die 171 Handlungsempfehlungen, die wir der Politik überreicht haben und die umgesetzt werden sollen, gesprochen wird. Da ist eine ganze Menge passiert. Das ist eine Enquetekommission, die stets wirklich gelebt hat und nach wie vor gelebt wird.

Gesehen habe ich auch den Landrat des Rhein-Kreises Neuss, Hans-Jürgen Petruschke. Er muss nachher die Gemeinde Jüchen zur Stadt erklären. Jetzt ist er aber noch anwesend. Auch ihm ein ganz herzliches Willkommen.

(Beifall)

An der Stelle lasse ich es gut sein. Wir haben eine spannende Podiumsrunde zu der Frage „Wohin mit dem Geld?“. Das könnte man möglicherweise missverstehen. Wir hatten gestern eine Pres-

sekonferenz, auf die mich der eine oder andere schon angesprochen hat. Das Handwerk hat sehr gute Zahlen gemeldet – die besten Zahlen, die es jemals gegeben hat. Wir hatten eine Umsatzsteigerung um fünf Prozent. Auch für 2019 wird mit einer Steigerung um vier Prozent gerechnet. Jetzt könnte man denken, das Handwerk schwimme im Geld und wisse nicht, wohin damit. Aber es geht um etwas Anderes.

Wirtschaften heißt immer, dass wir mit Knappheiten umzugehen haben – Knappheiten von Ressourcen und von Wissen. Das verlangt kluge Entscheidungen darüber, für was man seine Ressourcen und sein Wissen einsetzt. Für welche Zwecke verwende ich meine knappen Mittel? Jeder Sparer und jeder Investor muss sich mit diesem Thema befassen.

Wir leben in Zeiten, in denen diese Frage schwer zu beantworten ist. Das gilt für den mittelständischen Unternehmer genauso wie für den Arbeitnehmer. Das gilt genauso natürlich auch für Banken und Versicherungen.

Der mittelständische Unternehmer muss sich fragen, welche Investitionen er im Betrieb tätigen will. Er muss klären, wie stabil sein Geschäftsmodell ist. Er muss prüfen, ob er sein Unternehmen gegebenenfalls strategisch neu ausrichten muss und welche Investitionen dafür notwendig sind.

Jetzt könnte man natürlich sagen, das ist in Zeiten niedriger Zinsen doch total einfach. Aber so einfach ist es eben nicht, weil niedrige Zinsen auch ganz leicht dazu führen können, dass wir falsche Entscheidungen treffen. Niedrige Zinsen sind am Ende nichts anderes als ein süßes Gift, das uns in falsche Investitionen lockt, in Blasen, die am Ende auch platzen können.

Unternehmer leiden heute aber auch noch unter ganz anderen Problemen. Da steigen auf einmal durch politische Regulierungen Zwänge auf. Denken Sie zum Beispiel an die Anschaffung neuer Kassensysteme oder an die Investitionen, die viele Unternehmer jetzt in den Datenschutz stecken müssen, oder an bauliche Auflagen, die zu erfüllen sind. Oder aber auch an so schräge Sachen wie die Neuanschaffung von Fahrzeugen, die bis vor wenigen Jahren noch steuerlich gefördert wurden und die plötzlich nicht mehr in die Innenstädte dürfen. Das sind am Ende Auflagen

für Unternehmer, die von der Politik aufgezwungen oder von Gerichten diktiert werden, die die strategische Entwicklung, die ein Unternehmen nehmen möchte, keinen Schritt weiterbringen.

Es bestehen viele Fehlanreize, die das Investitionsverhalten auf problematische Weise beeinflussen. Ich will an der Stelle keine tarifpolitische Diskussion entfachen. Es ist nur so, dass jenseits dessen, was die Tarifpartner in gemeinsamer Verantwortung an Löhnen aushandeln, die Kosten auf den Faktor Arbeit durch die Politik immer wieder hochgezogen werden, enorm hoch gehalten werden durch die starke Belastung durch Lohnnebenkosten und den Kostendruck durch Mindestlöhne. Wir reden derzeit alle über Fachkräftemangel. Wir müssen aber aufpassen, dass wir jetzt nicht eine Dynamik erzeugen, die am Ende vielleicht lautet: Investiert lieber in Maschinen als in Menschen.

Dann gibt es natürlich das riesige Thema der Vorsorge. Egal, was Politik erzählt, die gesetzlichen Vorsorgesysteme werden immer teurer, aber die Leistungen für diejenigen, die heute einzahlen, werden deutlich zurückgehen. Das wirft Fragen auf, für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer: Wieviel bleibt am Ende des Monats überhaupt übrig, um in betriebliche und/oder private Vorsorge zu gehen? Gibt es überhaupt Anlagemöglichkeiten, die mit hoher Zuverlässigkeit eine gewisse Rendite bringen? Welche Rahmenbedingungen setzt eigentlich der Staat, um betriebliche oder private Vorsorge zu stärken? Diese Fragen greifen auch über auf die Welt der Banken und Versicherungen. Für welche Zwecke kann das Kapital verwendet werden, das Banken und Versicherungen einnehmen? Unter welchen Bedingungen kann man dieses Kapital wieder herausgeben? Welche Regeln, welche Anreize setzt der Staat dabei durch seine Währungspolitik und die Finanzmarktregulierung?

Hinter all diesen Fragen steckt ein Kernproblem. Investitionen sind immer Entscheidungen, die mit Risiken behaftet sind. In Zeiten der Digitalisierung gilt das erst recht. Traditionelle Unternehmen dümpeln mit ihren Aktienwerten vor sich hin oder geraten ins Straucheln. Unternehmen aus der Digitalwirtschaft, bei denen nicht immer klar ist, welches Geschäftsmodell sie wirklich verfolgen, erleben hingegen zum Teil atemberaubende Wertsteigerungen.

Umso wichtiger ist es, dass man Investitionsentscheidungen unter verlässlichen Rahmenbedingungen treffen kann. Es geht um das, was Walter Eucken einmal als Konstanz der Wirtschaftspolitik beschrieben hat. Daran hat sich in all den Jahren nichts verändert. Der Staat ist gut beraten, sich auf allgemeine, verlässliche Regeln zu konzentrieren – im Steuerrecht, im Energierecht, im Umweltrecht, bei den sozialpolitischen Anreizen für Vorsorge und Gesundheit, in der Währungspolitik oder in der Finanzmarktregulierung. Das ist eine banale Erkenntnis, aber gegen sie wird immer und immer wieder verstoßen.

Man könnte es noch grundsätzlicher sagen: Mit der Frage „Wohin mit dem Geld?“ tut man sich immer dann schwer, wenn es an Grundvertrauen mangelt. Kluge ökonomische Entscheidungen setzen Vertrauen voraus – Vertrauen in die ökonomischen und in die politischen Rahmenbedingungen. Wir leben gerade in Zeiten, in denen dieses Vertrauen erodiert, wo sich Misstrauen und Unsicherheit ausbreiten. Das kann in einer ökonomischen Krise münden, aber das kann auch die politische Ordnung am Ende als Ganzes umfassen. Man muss sich nur einmal in Europa umschauen.

Das sind einige Gedanken und Andeutungen zum Thema gewesen, um die Diskussion auf dem Podium gleich in Schwung zu bringen und vielleicht bei Ihnen dafür zu sorgen, sich in die Diskussion mit einzubringen.

Auf dem Podium ist wie schon erwähnt Uwe Fröhlich dabei. Er wird die Sichtweise der Genossenschaftsbanken einbringen. Ulrich Leitermann ist ebenfalls dabei. Er ist Vorsitzender der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe, der für die Erfahrungen der Versicherungen steht, die ja als Selbsthilfeeinrichtung aus dem Handwerk hervorgegangen sind.

Weiter wirkt auf dem Podium Klaus-Peter Schöppner mit, einer der erfahrensten und profiliertesten Meinungsforscher der Republik, Inhaber und Geschäftsführer der Mentefactum GmbH. Er wird uns sicherlich gleich ganz viel über die psychologischen Stimmungen sagen können, die unser Thema prägen.

Ich freue mich sehr, dass mein Präsidentenkollege Berthold Schröder von der Handwerks-

kammer Dortmund die Fahne des Handwerks hochhalten wird. Er bringt dafür große unternehmerische Erfahrung mit. Zudem gilt er nicht zu Unrecht als einer unserer besten politischen Köpfe im Handwerk überhaupt.

Die Fäden der Debatte wird auch diesmal wieder Holger Steltzner zusammenhalten. Er ist Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, einer der versiertesten Wirtschaftsjournalisten, die wir in Deutschland haben. Herr Steltzner hat gleich das Wort. Ich ziehe mich mit einem herzlichen Willkommensgruß auf meinen Platz zurück und bitte Sie alle, gleich munter mitzudiskutieren, weil es dann richtig spannend wird.

Ich danke Ihnen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Podiumsdiskussion

**Moderator Holger Steltzner,
Mitherausgeber der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“:**

Vielen Dank, Herr Ehlert, für die herzliche Begrüßung und den weiten Bogen, den Sie gespannt haben. Alle Felder werden wir heute bestimmt nicht abdecken können. Aber wir werden uns bemühen.

Als Vorbereitung für diese Diskussionsrunde habe ich mir den Forschungsbeitrag des Deutschen Handwerksinstitutes einmal genauer angeschaut „Alterssicherung im Handwerk“. Ich eröffne mit einem Zitat aus der Zusammenfassung unsere heutige Runde. Sie lautet sinngemäß: Altersvorsorge stellt im Handwerk für Inhaber und Beschäftigte schon heute ein erhebliches Problem dar, das in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnt. Besonders Soloselbstständige und Inhaber kleiner Betriebe – meist aus dem zulassungsfreien Bereich – sind mit ihren voraussichtlichen Altersbezügen unzufrieden – nachher kommen wir im Detail auch zu Zahlen –, ich würde sagen, mehr als unzufrieden. Ich füge hinzu: Das gilt aber auch für viele andere Betriebe. Für viele – auch Kleinselbstständige – ist die Altersvorsorge ein Riesenproblem.

Herr Ehlert, Sie haben es gerade angedeutet: Die gesetzliche Rentenversicherung war für meinen Vater zum Beispiel, einen Handwerker, der, wie wahrscheinlich viele von Ihnen, freiwillig Höchstbeiträge eingezahlt hat, auch eine lange Zeit über die Pflichtbeiträge hinaus, ein Bombengeschäft mit einer unglaublich guten Rendite. Bei meinem Bruder – auch Handwerker – geht es so. Ähnlich wie bei mir. Für die Zukunft wird es aber schwierig, schon wenn man sich allein die Demografie anschaut. Heute finanzieren zwei bis drei Arbeitnehmer ungefähr einen Rentner. Dieses Verhältnis wird sich umdrehen. Dann wird es schwierig. Damit haben wir Grund genug zu fragen: Wohin mit dem Geld? Da klingt die Not der Altersvorsorgesparer schon mit.

Beginnen wir doch in der ersten Runde mit dem großen Blick, Herr Fröhlich, und starten wir die Podiumsdiskussion mit der Frage nach der Ursache der Misere, die wir jetzt erleben. Der Zins ist



praktisch verschwunden. Dadurch gibt es keinen Zinseszins mehr. Dabei weiß doch jeder, der sich damit beschäftigt, dass die Zeit beim Sparen das größte Kapital ist. Wer ist schuld an dieser misslichen Lage – die EZB, die in der Krise, auch der Politik, zum Retter wurde und auch zum größten Gläubiger der Eurostaaten mutierte, die Griechen, die den Euro in die Krise stürzten, oder die Banken – zumindest ein Teil –, denen wir die Finanzkrise verdanken, oder die Politik, vor allen Dingen die Amerikas, die aus den Amerikanern ein Volk von Hausbesitzern machen wollte, oder sind wir es alle zusammen ein bisschen?

**Uwe Fröhlich,
Co-Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG:**

Möglicherweise liegt die Wahrheit wie immer in der Mitte. Wer profitiert derzeit von der extremen Niedrigzinsphase? Zuerst die Staaten in Europa, aber nicht nur in Europa, denn das Thema „Niedrigzins“ ist kein europäisches Phänomen. Schauen Sie nach Japan. Die USA sind schon ein bisschen weiter, wieder auf dem Weg zu einer Normalisierung. Sie kommen aber auch aus einer extremen Niedrigzinsphase. Die Chinesen laborieren so ein bisschen herum. Von daher haben wir Herrn Draghi und der Europäischen Zentralbank auf der einen Seite viel zu verdan-

ken wegen der energischen Maßnahmen, die nach der Finanzmarktkrise vorgenommen worden sind.

Aber vorhin ist das ja als „süßes Gift“ beschrieben worden. Wir kommen eigentlich von dieser Droge in Europa inzwischen kaum noch richtig los. Auch wenn in der „Frankfurter Allgemeinen“, Herr Steltzner, gewünscht wird, dass doch mal wieder ein Deutscher an die Spitze der Europäischen Zentralbank käme, um dann hoffentlich auch wieder anderes Gedankengut in die Geldpolitik der EZB aufzunehmen, weiß ich gar nicht, ob man derzeit jemandem wünschen darf, überhaupt diese Rolle wahrzunehmen. Denn am Ende ist man ein wenig unterwegs wie der Zauberlehrling. Wie sollen wir in Europa Zinsen erhöhen, wenn die Verschuldung der Staaten so dramatisch hoch ist und kaum ein Einsehen in der jüngeren Vergangenheit in den europäischen Staaten vorhanden war, mit den Freiräumen, die die niedrigen Zinsen eröffnet haben, Strukturreformen umzusetzen oder Schulden zurückzuführen. Das Gegenteil ist der Fall. Vor dem Hintergrund ist das schon die Quadratur des Kreises, aus dieser Situation wieder herauszukommen.

Es gibt Zahlen, die unsere Volkswirte errechnet haben. Wir dürfen in der Diskussion nicht vergessen, der Staat, der am meisten von der Geldpolitik in Europa profitiert hat, ist die Bundesre-

publik Deutschland. In den letzten zehn Jahren mussten etwa 368 Milliarden Euro nicht für Zinsen für die Verschuldung des deutschen Staates ausgegeben werden. Bei den Franzosen liegt die Summe bei etwa 350 Milliarden Euro. Erst dann kommen die Italiener mit etwa 260 Milliarden Euro. Man muss dabei also auch die Kirche im Dorf lassen.

Auch bei der Frage, wer solide oder weniger solide ist, sollte man mit dem Fingerzeigen sehr vorsichtig sein. Denn wir müssen uns alle gegenseitig anschauen. Natürlich hatten wir über die letzten Jahre die schwarze Null im Staatshaushalt, aber so richtig entschlossen sind wir mit den Freiräumen bei uns in der Bundesrepublik auch nicht umgegangen, sondern sind eher damit beschäftigt gewesen, Geschenkpakete aus Sicht der Großen Koalition zu schnüren im sozialen Umfeld bis hin zur Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen. Aus meiner Sicht ist das schon ein europäisches Phänomen, möglicherweise auch ein globales Phänomen.

Und Sie haben völlig Recht: Am Ende sind wir auch den geldpolitischen Mechanismen unterworfen, die einer Enteignung ähneln. Denn ohne Frage ist derjenige, der Vermögen anzulegen hat, derzeit gegenüber der Situation vor 2008 in einem Dilemma. Auch dazu gibt es jede Menge Statistiken. Herr Draghi verweist dann gern darauf, dass es ja viel günstiger geworden ist, auf der Kreditseite entsprechend Dienstleistungen der Banken in Anspruch zu nehmen, und redet davon, dass 200 Milliarden Euro an Vergünstigungen durch die Niedrigzinspolitik über die Jahre ausgeschüttet worden sind. Er vergisst dabei, dass aber über 500 Milliarden Euro auf der Anlagenseite verloren gegangen sind. Wenn man das also netto betrachtet, ist das ein Vermögensverlust von etwa 300 Milliarden Euro, der dann ganz unterschiedlich nicht immer die gleichen Personen betrifft. Deswegen muss man das dann auch natürlich noch relativieren.

Aber wir befinden uns derzeit schon in einer verfahrenen Situation. Die Idee der Europäischen Zentralbank ist tatsächlich, wenn ich das richtig interpretiere, zu versuchen, über nicht zu hohe Inflationsraten, aber ein Stück weit schon auch über den Weg der Inflation, aus dieser schwierigen Situation der Staatsverschuldung herauszuwachsen. Wie weit das im demokratischen

System möglich ist, sieht man vielleicht auch an Italien und derzeit auch an Frankreich und an vielen Reaktionen in der Gesellschaft, die deutlich machen, dass sich Bürger am Ende auch zu Wort melden und dann manchmal Mechanismen kaum noch beherrschbar sind.

Das ist schon eine hoch spannende Situation, in der wir uns derzeit befinden, die natürlich auch Banken und Versicherungen betrifft. Auch wir haben natürlich an der Stelle unser Päckchen zu tragen und müssen auf der einen Seite sehen, dass wir die Chancen dieser Niedrigzinsphase gemeinsam mit unseren Kunden wahrnehmen. Das ist der genossenschaftlichen Finanzgruppe über die Jahre sehr gut gelungen. Wir sind gewachsen mit unseren Kunden. Wir konnten auch unser Kreditvolumen kräftig ausweiten und über die Volumina ein Stück weit die negativen Margeneffekte kompensieren, sodass wir in der Organisation ertragsseitig nach wie vor noch gesund unterwegs sind. Aber das kann man natürlich nicht unendlich lange fortschreiben. Deswegen brauchen wir ohne Frage eine vorsichtige, eine langsame Zinswende, die aus Sicht der EZB in unheimlich kleinen Schritten auch gewollt ist. Es gab das Anleihekaufprogramm, das zum Ende des Jahres 2018 beendet worden ist, bei dem festverzinsliche Titel insbesondere der europäischen Staaten, aber auch Unternehmensanleihen, in gewaltigen Volumina aufgekauft worden sind, um die Konjunktur zu befördern und Verschuldung erträglich zu gestalten. Über den Weg wurde natürlich auch eine Vergemeinschaftung in Europa herbeigeführt, die auf dem Papier eigentlich nicht hätte sein dürfen. Darüber streiten sich die Experten – auch die Verfassungsrechtler –, ob das im Zweifel alles rechtens ist.

Fakt ist, dass allein wir als DZ BANK im letzten Jahr für Negativzinsen, die wir bei der EZB bezahlen müssen für Geld, das wir über Nacht dort einlagern, 48 Millionen Euro bezahlt haben, weil wir einen Einlagenüberhang in der Organisation haben, der typischerweise über Nacht in bestimmten Größenordnungen auch bei der Zentralbank zwischengeparkt wird. Unsere Genossenschaftsbanken haben natürlich zusätzlich noch einen Teil dieser Belastung zu tragen. Man sieht daran, in welcher verrückten Situation wir derzeit eigentlich sind. Dass dies auf Dauer nicht gutgehen kann, ist wohl allen klar. Aber es fehlt noch der zündende Gedanke, wie man aus dieser

Malaise, insbesondere weil es eine globale, zumindest aber eine europäische ist, mit vernünftigen Schritten wieder herauskommen kann.

Moderator Holger Steltzner:

In Amerika sind die Zinsen ja schon wieder gestiegen. In Europa ist davon noch lange nicht die Rede. Das Auslaufen des Kaufprogramms bedeutet nicht, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen, weil dann die auslaufenden Anleihen aus dem Bestand jeweils wieder nachgekauft werden.

Sie haben einige Zahlen genannt. Ich will sie um ein paar Zahlen ergänzen. Die EZB hat mit ihrer ungewöhnlichen Politik die Bilanzsumme vervielfacht und stellt mit ihrer Bilanz mehr als 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone dar. Das heißt, von einem Euro fließen 40 Cent über die Bilanz der EZB. Das ist eine unvorstellbar große Zahl. Dieses Ausmaß hatten wir in Amerika nicht. In Japan ist es noch viel mehr.

Man kann natürlich sagen, es gäbe nichts mehr im Instrumentenkasten. Doch, denn die könnten auch Aktien kaufen, Fahrräder oder Sandkörner, wenn man denn wollte. Trotzdem hat man mit dieser irrsinnigen Zahl 40 Prozent des Euro-BIPs seine Ziele nicht erreicht, liegt mit der Inflation noch darunter.

Die Bundesbank hat das neulich für Deutschland zusammengerechnet. Sie haben es genannt. 368 Milliarden Euro hat der deutsche Staat seit 2008 an Zinskosten gespart. Das sind mehr als zehn Prozent des deutschen BIPs. Die Eurozone hat 1,42 Billionen Euro an Zinskosten allein im Jahr 2018 gespart. Die deutschen Sparer hingegen – das hat Ihre Bank berechnet – haben 295 Milliarden Euro verloren, weil sie keine Zinseinnahmen bekommen haben.

Herr Leitermann, wenn ich diese Zahlen höre, wie soll ich denn da an eine Zinswende glauben?

**Ulrich Leitermann,
Vorstandsvorsitzender der
SIGNAL IDUNA Gruppe:**

Die Frage ist berechtigt. Bevor ich auf die Frage eingehe, möchte ich aber die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen für das Jahr 2019 Gesundheit zu wünschen und vor allen Dingen, dass Sie unfallfrei durch das Jahr kommen. Jetzt werden Sie sagen, für einen Versicherer ist das klar. Der hat ein Eigeninteresse. Soweit Sie bei uns versichert sind, wäre das eine echte Win-win-Situation.

Moderator Holger Steltzner:

Vielen Dank. Wir schließen uns an.

Ulrich Leitermann:

Ich will aber auf die Frage jetzt eingehen.

Ich denke, es ist in der Tat müßig, darüber zu diskutieren, wie und warum das so entstanden ist. Ich denke, die EZB hatte damals nach der Finanzmarktkrise gar keine andere Möglichkeit als die Kapitalmärkte zu schwemmen. Für uns als Versicherer ist die Frage, wie lange diese Erträge noch ausfallen. Um das Zahlenwerk von Herrn Fröhlich noch zu ergänzen: Stellen Sie sich vor, Versicherer wie die SIGNAL IDUNA Gruppe mit 50 Milliarden Assets under management. Gehen Sie davon aus, mehr als 50 Prozent sind in zinstragenden Titeln angelegt. Ein Prozent macht pro Jahr 250 Millionen Euro weniger Ertrag aus. Jedes Jahr stehen also 250 Millionen Euro für die Versicherungsnehmer nicht zur Verfügung. Wir sind ja ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, eine Selbsthilfeeinrichtung des Handwerks, auch heute noch. Da stellt man sich dann die Frage: Ist irgendeinem in der EZB eigentlich bewusst, welche Auswirkungen diese Politik hat? Aus gut informierten Kreisen wurde mir vermittelt: Vergessen Sie es, dass bei der EZB die Konsequenz für die deutschen Sparer auch nur ansatzweise eine Überlegung oder ein Diskussionspunkt sind bei der Frage der Zinspolitik.

Was heißt das für uns alle? Wir werden uns auf die Niedrigzinspolitik weiter einstellen müssen. Ich glaube nicht daran, dass wir bis Mitte des nächsten Jahrzehnts wirklich nachhaltig steigende Zinsen sehen. Wir liegen bei der zehnjährigen Bundesanleihe heute wohl bei 0,20 oder 0,22 Prozent oder wie auch immer. Das ist eigentlich kein Zinsniveau, wenn wir über Verzinsung sprechen.

Sie haben den Zinseffekt angesprochen, der insbesondere bei dem Thema „Vorsorge“, über die wir heute sprechen, eine ganz entscheidende Rolle spielt. Solange die Inflationsrate sich auf dem Niveau bewegt, auf dem sie sich derzeit befindet, solange die südeuropäischen Staaten sich damit wohlfühlen und solange politisch nicht der Wille vorhanden ist, die Zinsen zu erhöhen, werden wir uns auf das Niedrigzinsniveau einstellen müssen, und zwar mit allen Konsequenzen für die Altersvorsorge. Mit Blick nach vorne bedeutet dies weiterhin Verzicht oder auch Enteignung.

Viele im Handwerk, aber auch darüber hinaus, die heute schon von dem Ersparten leben müssen, haben ihre gegenwärtige Altersvorsorge eigentlich darauf aufgebaut, dass sie Zinsen auf die kleinen Vermögen, die erspart worden sind, bekommen. Sie stellen in diesen Zeiten bei jeder Wiederanlage fest, dass es eigentlich nichts mehr für das Geld gibt. Das hat die Konsequenz, dass sie zwar nicht unbedingt Konsumverzicht üben müssen, dass sie aber Kapitalverzehr verzeichnen. Das führt im Grunde genommen bei dem, was aufgebaut worden ist und wovon man geglaubt hat, man könne von den Zinsen leben, heute zu einem Verzehr und damit zu einem Enteignungstatbestand. Das ist eine ganz schlimme Entwicklung. Ich sehe in den nächsten Jahren bei der Zinsprognose keine Besserung.

Dennoch müssen wir uns natürlich die Frage stellen, was das eigentlich bedeutet. Weil wir auf den Sparprozess keine Zinsen mehr erhalten, kann die Konsequenz aber doch nicht sein, nicht mehr zu sparen. Diesbezüglich ist der Politik auch ein Vorwurf zu machen. Es gibt den Spruch: Sparen lohnt sich nicht mehr, weil es darauf keine Zinsen mehr gibt. Dann muss man aber die Frage beantworten, was das in der Rentensituation bedeutet. Wo sollen denn dann noch die Gelder herkommen? Dann reden wir über Transferzahlungen in erheblichem Umfang, weil am Ende

des Tages in irgendeiner Form Vater Staat dafür eintreten muss, dass die Leute keine Vorsorge betrieben haben.

Das ist ein wichtiger Aspekt in der Diskussion. Man muss die Leute dazu über Anreize ermuntern, auch in einer Niedrigzinssituation Kapital in irgendeiner Form zu bilden. Selbst derjenige, der jeden Monat zehn Euro unter die Matratze legt, hat nach 20 Jahren mehr als derjenige, der nichts tut. Darüber muss man sich im Klaren sein. Der Zinseffekt hilft, aber eigentlich müsste man die Sparrate erhöhen.

Wir kommen dann zu dem Punkt, dass es so etwas gibt wie Spar- oder Vorsorgefähigkeit und Vorsorgewilligkeit. Ich glaube, der Wille ist bei vielen schon vorhanden. Aber die Fähigkeit, Vorsorge zu betreiben, ist vor dem Hintergrund der Einkommenssituation ein Problem. Deswegen wäre eigentlich immer der Ansatz gewesen, wenn der Staat schon dieses große Volumen an Zinsen einspart, sollte er davon einen ganz maßgeblichen Teil an die Bevölkerung zurückgeben, indem er Anreize schafft, private Vorsorge jedweder Art – ob in Bankprodukten, Versicherungsprodukten, Immobilien und was auch immer – zu treffen. In der Konsequenz bedeutet das, damit eine Investition für die Zukunft zu tätigen, um die Staatshaushalte der Zukunft von der Transferleistung zu entlasten. Das wäre Nachhaltigkeit gewesen, die man von uns als Institute immer erwartet. Die Politik fordert das von uns, aber selber agiert sie nicht nachhaltig. Das wäre ein nachhaltiger Aspekt zur Altersversorgung und ein Stück weit Fairness, denen das zurückzugeben, die man im Moment durch diese Politik enteignet.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Zu diesen Fragen, die dabei mitschwingen, Abschaffung des Solis, Abgabenteil, dieses konsumtive Ausgeben der übergroßen Steuereinnahmen durch die Politiker mit beiden Händen, als gäbe es kein Morgen, kommen wir bestimmt im Laufe der Diskussion nachher noch.

Herr Schröder, ich möchte Sie als Handwerker etwas fragen: Der EZB-Präsident Draghi sagt nicht

ganz zu Unrecht, auf der Habenseite verbucht er für sich schon die Konjunktur. Nun sind wir besonders in Deutschland tatsächlich mit einem achtjährigen Boom gesegnet. Wir haben gerade im Baubereich und im Immobilienbereich einen wirklich nachhaltigen Boom. Weil die Zinsen so niedrig sind, lässt sich eine Eigentumsmaßnahme viel leichter finanzieren, auch wenn die Preise entsprechend gestiegen sind. Die Betriebe bekommen auch günstigere Kredite. Man kann in Immobilien investieren, in Betriebe, in Expansion investieren. Wie sieht das Handwerk die Probleme, mit einem nur weinenden oder nicht auch mit einem lachenden Auge?

**Berthold Schröder,
Präsident der Handwerkskammer Dortmund:**

Natürlich ist die Konjunktur in den baunahen Bereichen und im Baugewerbe selbst angetrieben durch die günstige Zinssituation, die dazu führt, dass viel Kapital in diesen Bereich hineinfließt. An manchen Stellen muss man schon fast von einer Überhitzung der Immobilienmärkte sprechen.

Insgesamt muss man aber natürlich sagen, aus volkswirtschaftlicher Sicht führt eine solche Niedrigzinspolitik auch dazu, dass latent die Ge-

fahr besteht, dass es zu Fehlallokationen von Kapital kommt. Das heißt, Kapital fließt aufgrund der niedrigen Verzinsung dorthin, wo es nicht den maximalen Effekt hat.

Für uns im Handwerk ist, wenn man das Thema Altersvorsorge noch einmal adressieren will, natürlich diese Situation unglaublich schwierig. Als Präsident einer Handwerkskammer spreche ich nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmer. Wenn man sich vorstellt, dass ein junger Mann, der seine Gesellenprüfung gemacht hat, mit 25 Jahren vor der Entscheidung steht, wie er für sein Alter vorsorgt, steht der ganz praktisch vor der Frage, wie viel Vertrauen er in das staatliche Handeln hat, dass das System, in das er sein Geld hineingibt, tatsächlich Bestand hat. Ich denke, da ist viel Vertrauen in staatliches Handeln verloren gegangen. Ich will nur an die Entscheidungen im letzten Jahr erinnern, an die doppelte Haltelinie, die formuliert worden ist, mit 48 Prozent des Rentenniveaus und einer Maximalgrenze von 20 Prozent. Die Laufzeit dieser Vereinbarung ist bis 2025. Alle in diesem Saal wissen, nach 2025 wird das nicht mehr funktionieren.

Warum wird es nicht funktionieren? Deshalb, weil wir einen demografischen Wandel haben, der die Verhältnisse auf den Kopf stellen wird. Ich habe vor Kurzem in einer Diskussion gehört,



wir sollten nicht mehr von einer Alterspyramide sprechen, sondern von einem Dönerspieß. Ein Dönerspieß ist oben ziemlich breit und unten wird er immer dünner. Das ist genau das Problem. Wenn die Menschen der geburtenstarken Jahrgänge – etwa der Jahrgang 1960; ich gehöre auch dazu – alle in Rente gehen wollen, dann haben wir eine derartige Umkehrung der Situation, dass es schwierig wird, die gesetzliche Rente am Leben zu erhalten.

Die Konsequenz daraus muss eigentlich sein: Wir brauchen mehr private Vorsorge. Da gilt genau das, was Herr Leitermann völlig zu Recht beklagt hat: Es bleibt den Handwerksunternehmern und unseren Beschäftigten viel zu wenig von dem übrig, was sie brutto verdienen. Deshalb lautet unsere zentrale Forderung für die nächsten Jahre, wir brauchen mehr Netto vom Brutto. Dahin muss es eigentlich gehen.

Nur ein paar Vergleichszahlen, die übrigens aus der „FAZ“ stammen und insofern über jeden Zweifel erhaben sind.

(Heiterkeit)

Die OECD hat die Abgabequote von Steuern und Versicherungen ermittelt. Der OECD-Durchschnitt liegt bei ungefähr 35 Prozent. Deutschland liegt ganz oben in der Statistik mit 49,6 Prozent. Über uns rangiert nur noch Belgien mit über 50 Prozent. Ein Land wie Japan, das vom demografischen Wandel ziemlich gebeutelt ist, liegt lediglich bei 32,6 Prozent.

Man kann an diesen Zahlen sehr deutlich erkennen, wohin es gehen muss. Wir brauchen weniger Staat, mehr private Vorsorge. Das muss uns auch durch eine nachhaltige Steuerpolitik ermöglicht werden.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Herr Schöppner, über die Stimmung im Land wissen Sie besser als wir alle Bescheid, weil Sie das täglich erforschen. Herr Schröder hat es angesprochen, Vertrauen in die politische Führung erodiert, obwohl wir eigentlich in dieser schönen Lage des langen Aufschwungs und der ho-

hen Erwerbstätigkeit etc. sind. Wie würden Sie diese Sorgen auch mit Blick auf Altersvorsorge und Demografie beschreiben? Ist das eigentlich angekommen, oder sind die Menschen vielleicht schon dieser Warnungen überdrüssig?

Klaus-Peter Schöppner, Inhaber und Geschäftsführer der Mentefactum GmbH:

Mehr als angekommen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Deutschen ein eigenartiges Völkchen sind. Einige Beispiele:

Die Deutschen sind zu 70 Prozent Risikovermeider, nur zu 30 Prozent Chancennutzer. Amerika handelt genau umgekehrt. Also sind wir von unserer Mentalität her auf das Bewahren, den Status quo angelegt. Bloß kein Risiko eingehen. Das „Ich will so bleiben wie ich bin“ ist uns wichtig.

Ein zweiter überraschender Befund: Die riesengroße Diskrepanz zwischen augenblicklicher wirtschaftlicher Lage und unserer Zukunftssicherheit: Etwa 35 Prozent glauben heute, dass unsere Wirtschaft noch weiter zulegen wird. Auf der anderen Seite aber haben etwa 80 Prozent Zukunftsängste. Obwohl es uns gut geht, sind wir zutiefst verunsichert, was morgen sein wird.

Ein weiterer Indikator: Noch 2008 waren sich die Deutschen im Durchschnitt sechs Jahre sicher, dass sich an ihrer (guten) finanziellen Situation wenig ändern würde, heute ist die Perspektive ein Jahr. Das heißt, wir leben unter massiven Abstiegsängsten. Das liegt vor allem daran, dass die Welt für uns immer komplizierter, undurchschaubarer wird.

Das hat noch einen weiteren wichtigen Paradigmenwechsel zur Folge: Da das „Richtig“ oder „Falsch“, also die Kompetenz, immer schwerer zu beurteilen ist, sind inzwischen Glaubwürdigkeit und Aufrichtigkeit die wichtigsten Eigenschaften von Politik und Parteien geworden. Vertrauen ist das, was in unserer volatilen Welt wirklich zählt.

Weitere Unsicherheitsherde: Der demografische Faktor sowie die unklaren Finanzmärkte: Warum gibt es keine Zinsen mehr, wo wir doch auch

darauf unsere Zukunft aufgebaut haben? Wir wissen, dass wir sehr viel Geld verlieren, zumal uns eine Aktienkultur nicht wirklich gegeben ist. Lieber tragen wir unser Geld auf Festgeldkonten, wohl wissend, dass wir da ein bis zwei Prozent pro Jahr verlieren. Hinzu kommt die unklare Ausländersituation. Ist der Wendepunkt der Zuwanderung erreicht – oder war das erst der Anfang? Globalisierung hinterlässt bei uns trotz der Abhängigkeit unserer Wirtschaft ein ungutes Gefühl.

Dann das Thema „Abstiegsangst“: Etwa 30 Prozent der Deutschen tragen diese mit sich herum, weil sie sich von der Politik nicht mehr mitgenommen fühlen. Was tut der Staat für sie in Zeiten kalter Progression, Respektlosigkeit, hoher Abgabenlast und zweierlei Rechtsauslegung?

Denn viele empfinden, dass der Staat vor allem denen hilft, die grob fahrlässig handeln, nicht mehr wollen, nicht mehr können. Und nicht den redlichen, engagierten Bürgern! Die Folge ist Verbitterung, weil diese Bürger die „Wo bleibe ich?“-Frage stellen. Ich vermute, dass der Generationenkonflikt, der in Deutschland nicht wirklich stattfindet, in fünf bis zehn Jahren unser Leben sehr stark bestimmen wird. Die Gelbwesten in Frankreich sind die Vorreiter. Warum bald nicht auch in Deutschland, wenn immer mehr spüren, für sie sei der Staat eigentlich nicht präsent? 90 Prozent beklagen ihre – zu hohen – Steuerlasten, ohne ein entsprechendes Äquivalent zu haben. Diese abstiegsängstlichen Bürger werden in Zukunft in Politik und Gesellschaft eine viel größere Rolle einnehmen.

Moderator Holger Steltzner:

Ich kenne ein bisschen die Bretonen; meine Frau ist nämlich Bretonin. Ich weiß, die sind auch ein besonderes Völkchen und wie alle Franzosen doch eher geneigt, einmal den Blumenkohl auf die Kreuzung zu kippen oder auf den Roundabout. Man sieht das jetzt ja bei den „Gelbwesten“. Sie haben es angesprochen, Herr Schöppner, und das Gelbwestenszenario sozusagen als Warnung auch für Deutschland hingestellt.

In den allerneuesten Zahlen der OECD-Statistik, die wir auch schon hatten, ist Frankreich ganz

oben und Deutschland ein bisschen weiter hinten. Ja, es ist genau diese Stimmung. Wenn ich mit dem bretonischen Dachdecker, Maurer oder mit Bauleuten spreche, höre ich von ähnlichen Sorgen wie bei uns. Man findet keine Leute, obwohl dort die Arbeitslosigkeit viel höher ist. Dann freut man sich, dass man wenigstens die Portugiesen hat. Es gibt unglaubliche Sozillasten, und der Staat vergrößert den Abgabenteil. Wie ist die Stimmung in den Handwerksbetrieben in Deutschland? Spüren Sie da auch etwas Gärendes, was zu einer solchen Gelbwestenbewegung führen könnte, oder nicht? Andererseits haben wir doch nach wie vor Merkel als beliebteste Politikerin, Kramp-Karrenbauer, glaube ich, als zweitbeliebteste Politikerin. Das liest sich irgendwie anders als bei Macron.

Berthold Schröder:

Ich glaube, in Deutschland wäre eine solche Bewegung wie die „Gelbwesten“ schwer vorstellbar. Das ist sicherlich ein Stück weit auch eine französische Tradition. In Frankreich neigt man sehr dazu – gerade in Paris –, schnell auf die Barrikaden zu steigen.

Ich denke aber, es herrscht großer Unmut im gesamten Mittelstand. Der speist sich ein bisschen aus der Beobachtung, dass wir in vielen Bereichen nicht ein Erkenntnisdefizit haben. Wir wissen um viele Missstände. Ich hatte gerade die Frage des demografischen Wandels adressiert. Wir haben an vielen Stellen ein Umsetzungsproblem.

Ich will Ihnen das an einem Beispiel noch einmal deutlich machen: Wir haben im Jahr 2016 eine Digitalagenda verabschiedet: 50 Megabit flächendeckend. Sie werden sich alle daran erinnern. Was haben wir erreicht? Deutschland steht heute hinter so bekannten Industrienationen wie Rumänien und Bulgarien mit einem Versorgungsgrad von 78 Prozent. Die Konsequenz daraus ist aber nicht, dass man sich die Prozesse einmal daraufhin anschaut, warum wir das Ziel nicht erreicht haben, sondern man beschließt einfach ein neues Ziel. Bis 2025 haben wir dann alle Gigabit-Versorgung. Das ist etwas, was mich als Unternehmer umtreibt. Wenn irgendwas nicht funktioniert, dann sehe ich mir genau an, warum

das nicht funktioniert hat, und versuche, die Prozesse zu verändern, um dann auch wirklich das Ergebnis zu erzielen. Aber es wird einfach ein neues Ziel definiert. Diese Unzufriedenheit treibt uns Unternehmer um, weil an vielen Stellen zwar eine Erkenntnis da ist, aber nicht danach gehandelt wird.

In der Rentenpolitik ist es ja ähnlich, dass man eine Klientelpolitik betrieben und die jetzigen Rentner mit neuen Wohltaten versorgt hat. Das kann ich alles verstehen, denn es sind immerhin 20 Millionen Wähler. Aber das verschiebt natürlich immer die Lasten hin zu den jungen Leuten. Das ist an der Stelle schwer zu ertragen.

Moderator Holger Steltzner:

Kommen wir zur Kernfrage: Wie soll und kann der Mittelstand, aber vor allen Dingen auch das Handwerk, vorsorgen, wie sieht die optimale Vermögensbildung aus? Diese Fragen sind wie gemacht für Finanzexperten. Was würden Sie einem Handwerker empfehlen, wie ein optimaler Vermögensaufbau über die Zeitachse aussieht im mittelständischen Bereich mit den entsprechenden gegebenen Budgetrestriktionen?

Ulrich Leitermann:

Wir wären schlecht beraten – ich denke, Herr Fröhlich spricht für die Banken in gleicher Form –, wenn wir den Eindruck erwecken würden, als ob es *die* Versorgungssituation schlechthin gäbe. Fairerweise muss man sagen, gerade auch im Handwerk, die Situationen sind völlig unterschiedlich. Wir reden zwar über Mittelstand und Handwerk. Aber schauen Sie sich das einmal an: Wir haben fünf Millionen Beschäftigte, eine Million Betriebe, also im Durchschnitt hat jeder Betrieb fünf bis sechs Mitarbeiter.

Man muss sich dann auch Gedanken machen, über welche Volumina wir in solchen Betrieben eigentlich sprechen. Erfahrungsgemäß ist es so, dass das gesamte Vermögen im Betriebsvermögen steckt. Alles, was im Zweifelsfall an Ertrag und Gewinn erwirtschaftet wird, fließt wieder in den Betrieb. Wir haben nicht die Situation,

dass wir Tausende von Euro jeden Monat für eine Altersversorgung entnehmen könnten. Das ist nicht die Realität im Handwerk. Ob sich das aktuell durch die konjunkturelle Situation und die Wachstumsraten im Handwerk deutlich geändert hat, können Berufene in diesem Saal beurteilen.

Aus unserer Sicht sehen wir nur, wenn wir mit Handwerkern und mit Betriebsinhabern reden, es also um die Altersversorgung oder um die betriebliche Versorgung geht, dass wir über sehr überschaubare Größenordnungen reden. Ein ganz wichtiger Aspekt ist die Garantie. Darin unterscheidet sich der Handwerker im Übrigen nicht von den übrigen Deutschen. Der Deutsche liebt die Garantie. Es gibt heute genügend Produkte bei den Banken und bei den Versicherern, die ohne Garantie oder mit deutlich weniger Garantie ausgestattet sind, um die Chancen zu nutzen – das ist wieder das Thema „Aktienkultur“ –, einen Mehrertrag zu generieren. Unsere Erfahrung ist, dass die Leute da nicht zugreifen. Sie wollen die Garantie. Bei kleinen Beträgen mit Garantie wird daraus nicht viel.

Was ist die Empfehlung? Natürlich können wir empfehlen: Ihr müsst etwas für die private Vorsorge tun. In vielen Fällen findet man im Handwerk in erster Linie die Immobilien. Oftmals ist es die Betriebsimmobilie, gegebenenfalls auch steuerlich optimiert durch Betriebsaufspaltungen, oder es gibt dann vielleicht noch – das ist dann schon eine eher komfortablere Situation – das eine oder andere Mehrfamilienhaus, aus dem man sich fürs Alter ein Einkommen über Mieteinnahmen verspricht. Das ist sicherlich eine solide und gute Grundlage. Ich denke, das ist in vielen Fällen heute im Handwerk durchaus üblich.

Dann stellt sich die Frage, was danach kommt. Man muss immer abschichten, was noch an Mitteln bleibt. Es gibt durchaus auch staatlich geförderte Altersversorgungssysteme und auch steuerlich begünstigte Altersvorsorge, die man betreiben kann. Mit der Politik muss man darüber reden, bestimmte Rahmenbedingungen zu verändern. Unser Problem ist – das macht es auch in der Beratung schwer, was die optimale Altersvorsorge ist –, dass immer wieder neue Systeme diskutiert werden und man nicht bereit ist, die Systeme, die man heute hat, auch einmal



infrage zu stellen und zu überlegen, warum die Menschen das nicht annehmen.

Beispiel: Riester. Wir diskutieren über die Sinnhaftigkeit von Riester. Das ist dann wieder mehr etwas für die Arbeitnehmer in den Betrieben. 16,5 Millionen Deutsche haben Riester-Verträge. Ein solches Thema kann man doch nicht negieren. Vielmehr muss man die Frage stellen, wie wir es schaffen, das System zu verbessern – dafür gibt es eine ganze Menge an Vorschlägen –, um die Menschen vermehrt in diese Versorgungsvariante zu bekommen.

Moderator Holger Steltzner:

Ich darf da einmal einhaken. Riester war zu Beginn eine wunderbare Erfolgsgeschichte. Mittlerweile – ich spitze journalistisch ein wenig zu – ist die Riester-Rente ein wenig in Verruf geraten. Entsprechend ist die Zahl der Neuabschlüsse deutlich zurückgegangen. Ursprünglich war es eine gute Idee. Diese kapitalgedeckte private Zusatzversorgung ist durch mangelnde Flexibilität, hohe Kosten und gesetzliche Auflagen – die Garantie, die ja von den Deutschen so geliebt wird – entsprechend teuer, komplex etc. geworden. In anderen Medien und auch bei uns ist zu lesen,

dass viele sagen: Nein, eigentlich ist das nicht das richtige Produkt.

Ulrich Leitermann:

Aber das liegt nicht an der Grundidee. Die Idee bei der letzten Rentenreform bestand darin, dass die Lücke, die durch die Rentenreform entstanden ist, durch die Riester-Rente geschlossen werden soll. Von der Idee und vom Ansatz ist das durchaus richtig.

Aber das Zulagenverfahren – das macht die Verwaltung extrem aufwändig – ist derart kompliziert mit hin und her rechnen und Rückvergütung und Rückforderungen, dass es schlicht und ergreifend nicht mehr nutzbar ist.

Wir sind jetzt mit dem Verband der Deutschen Versicherungswirtschaft dabei, dieses Zulagenverfahren zu vereinfachen – es bedarf dazu des Gesetzgebers, dieses Zulagenverfahren zu vereinfachen – und auf eine technisch andere Plattform zu stellen. Dabei hilft uns das Stichwort „Digitalisierung“. Es gibt dazu also Überlegungen, wie die Regelungen vereinfacht werden können.

Es muss also für die breiten Bevölkerungsschichten die Empfehlung sein, die Riester-Verträge abschließen können, die Verwaltung zu vereinfachen, aber nicht das Produkt zu verdammen und über neue Produkte wie irgendwelche Staatsfonds, wie wir sie in Schweden und Norwegen haben, nachzudenken. Wir haben uns die Systeme alle angesehen. Vieles passt nicht auf die deutsche Situation, weil wir auch historisch eine andere Altersversorgungssituation haben. Bei den Systemen, die wir haben – da bin ich bei Herrn Schröder –, ist kritisch zu hinterfragen, was eigentlich schief gelaufen ist, warum sie nicht angenommen werden und wo Verbesserungen vorgenommen werden können. Das betrifft jetzt aber mehr die Arbeitnehmerseite im Handwerk.

Für die Arbeitgeberseite – für die Handwerkerseite – gibt es die sogenannte Basisrente – Rürup. Für sich betrachtet ist das eigentlich ein gutes Produkt. Steuerlich, wenn man es genau nimmt, sogar hoch gefördert. Ich weiß nicht, ob das allen bewusst ist. Sie können heute im Jahr 2019 über 40.000 Euro als Sonderausgabe steuerlich absetzen, mit durchaus respektabler steuerlicher Wirkung. Sie haben natürlich eine nachgelagerte Besteuerung. Das heißt, im Rentenbezug müssen sie den auch wieder versteuern. Aber oftmals ist es so, dass im Erwerbsleben der Steuersatz ein anderer ist als bei den Altersbezügen.

Das ist durchaus ein Thema für Selbstständige. Allerdings setzt das ein paar Rahmenbedingungen voraus, dass alle Selbstständige das dürfen und die Produkte entsprechend gestaltet sind. Es muss also eine Hinterbliebenenversorgung mit aufgebaut werden, dass das Kapital nicht nach dem Tod des Berechtigten dem Kollektiv zufällt, sondern den Hinterbliebenen zukommt. Heute ist das begrenzt auf die Ehefrau. Das sind aber alles Fragen, die heute im Ansatz eigentlich bereits geregelt sind. Da muss man aber den Berechtigtenkreis etwas erweitern. Es wäre durchaus auch ein Weg, die vielen Soloselbstständigen, über die sicherlich auch noch zu diskutieren sein wird, in diese Systeme hineinzunehmen.

Mein Aufruf lautet, die Systeme, die wir haben und die durchaus geeignet sind, weiterzuentwickeln. Sie sind aber auch beratungsintensiv. Die Rürup-Rente – die Basisrente – ist kein sich selbst erklärendes Produkt. Da kommt es auf die per-

sönliche Situation und die jeweiligen Verhältnisse an und auf die Verhältnisse im Rentenbezug. All das ist erklärungs- und beratungsintensiv. Da muss man auch fair sein und sagen: All die Leute, die sich mit diesen Themen beschäftigen und beraten, haben es dann auch verdient, dafür eine Entlohnung zu bekommen. Man sollte nicht so tun, als ob Altersversorgung, wie wir sie in Deutschland leben, in diesen komplexen Systemen nicht beratungsintensiv wäre und allein dadurch, dass man sie als Pflicht vorsieht, automatisch von den Leuten abgeschlossen würde.

Dafür gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Ich weiß nicht, ob wir das noch im Detail diskutieren wollen. Aber es gibt genügend Ansatzpunkte in der Vorsorge auch über Versicherungslösungen und Banklösungen, wo wir hinsehen müssen, was man vereinfachen kann. Wenn der erklärte Wille vorhanden ist, private Vorsorge von Staatsseite unterstützen zu wollen, und der Staat etwas dazugibt, kann ein deutliches Mehr an privater Vorsorge entstehen. Dann bekommen wir ein stabiles und nachhaltiges Altersversorgungssystem.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Fröhlich, die Bankensicht interessiert uns natürlich auch. Ich möchte das aber noch mit einer Zusatzfrage ergänzen.

Apropos Erleichterung und Beratung: Wenn ich in eine Bank gehe und Aktien kaufen möchte, muss ich einen starken Willen haben, auch mit Aktien herauszukommen. Das ist natürlich auch dem Regulierer zu verdanken, weil ich ungefähr zweieinhalb Stunden brauche, bis ich die Beratungsprotokolle unterschrieben habe. Im Zweifel ist der Berater noch daran interessiert, mir den Aktienkauf auszureden und einen ETF oder was auch immer ans Herz zu legen. Wie sieht die Beratungslebenswirklichkeit in der Bank aus?

Uwe Fröhlich:

Vielleicht vor die Klammer gezogen, damit Sie mich richtig einschätzen können: Herr Leitermann und ich denken wirklich deckungsgleich.

Ich würde alles unterschreiben, was Herr Leitermann gesagt hat. Denn wir haben mit der R+V-Versicherung auch eine große Versicherung im Markt und arbeiten über den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. zu vielen anderen Themen intensiv zusammen.

Bevor ich zu Ihrer Frage komme, warum das Beratungsgespräch in den Banken hin und wieder schwierig erscheint, möchte ich anmerken: Ich würde, wenn ich mir über Altersversorgung Gedanken mache, mal all die steuerlichen Förderungsmöglichkeiten wegdenken. Wenn denn die These richtig ist, dass wir voraussichtlich eher in einer zinslosen Zukunft leben – zumindest auf absehbare Zeit –, wir aber auf der anderen Seite über die letzten Jahre trotz der von Herrn Draghi festgestellten zu geringen Inflation am Ende doch eine ganz veritable Vermögenswertinflation haben, die auch für Wertpapiere gilt – schauen Sie sich die Börsenentwicklung an, vielleicht mit Ausnahme des DAX im Jahre 2018, wenn Sie auf die internationalen Kapitalmärkte sehen, wenn Sie auf die Immobilienpreisentwicklung in den Ballungsräumen blicken und viele andere Themen bis hin zu den Oldtimerpreisen im Automobilsektor –, dann erscheint doch schnell die Erkenntnis, dass man sich fragen muss, sollen wir nur in Euro rechnen, die heute zu beziffern sind, oder geht es auch darum, eine mittel- und langfristige Perspektive aufzumachen, wie lege ich mein Vermögen an?

Gerade für einen im Handwerk Tätigen ist es wichtig, eine langfristige Perspektive zu entwickeln und erst einmal über einen persönlichen kontinuierlichen Sparplan nachzudenken und sich dann die Vermögensklassen zu überlegen, in denen man aktiv sein möchte. Selbst wenn man die Erfüllung der Idee, sich vielleicht eine Eigentumswohnung oder ein Häuschen zu kaufen, noch in ganz weiter Ferne sieht, so kann man beispielsweise einen offenen Immobilienfonds kaufen und partizipiert an der Assetklasse Immobilie. Man kann über einen vernünftigen Wertpapiersparplan unmittelbar und nachhaltig über alle Börsenentwicklungen – gehen sie auch einmal in einem Jahr um 18 Prozent herunter – entsprechend profitieren, weil man bei einem festen Sparbetrag pro Monat zu jeweiligen Marktpreisen Anteile erwirbt.

Erst wenn jemand sich darüber klar geworden ist, dann kann er sich überlegen, wie das in seinem Betrieb oder in seiner individuellen Situation gegebenenfalls auch steuerlich sinnvoll umgesetzt werden kann. Gehaltsumwandlung ist natürlich ein Thema für einen angestellten Handwerker. Da kann es eine Direktversicherung sein – im Zweifel natürlich bei der R+V-Versicherung, vielleicht auch bei der SIGNAL IDUNA. Letztendlich kann man sich bei einem etwas größeren Unternehmen auch Gedanken darüber machen, ob man eine Pensionskasse einrichtet oder einen eigenen Pensionsfonds gründet. Dabei spielen auch gesetzliche Rahmenbedingungen eine große Rolle, wer z. B. das Anlagevermögen reguliert. Bei einer Direktversicherung gilt das Versicherungsaufsichtsrecht. Da kann man relativ sicher sein, dass das eine solide Angelegenheit ist, auch wenn die Finanzbeobachter vom „SPIEGEL“ oder Hermann-Josef Tenhagen oder wer auch immer sich darüber mokieren, dass die Garantieverzinsung bei den Kapitallebensversicherungen über die Zeit natürlich gesunken ist angesichts der Kapitalmarktsituation. Aber auf der anderen Seite ist er auch nicht zu einer Aussage in der Lage, wo man denn 1,75 Prozent fix bekommt, wenn man heute sein Geld anlegen soll. Am Ende machen die Versicherungen auch im Umfeld der Garantieprodukte gar keinen schlechten Job. Darüber hinaus geht es natürlich, wenn man in die Pensionsfonds schaut, um ein erweitertes Anlagespektrum. Da dürfen auch mehr Aktien hineingenommen werden, weil das nicht so eng reguliert ist. Dadurch hat man dann auch höhere Renditechancen.

Von daher würde ich mich in unterschiedlichen Stufen mit dieser Frage beschäftigen. Pauschale Antworten kann man hier oben auf der Bühne ohnehin nicht geben. Es gibt einen großen Unterschied zwischen einem Eigentümer einer GmbH oder einem angestellten Handwerker, wenn es darum geht, wie man sinnvollerweise mit seiner Altersvorsorge umgeht.

Leider sind wir in einer Situation, die inzwischen extrem überzogen ist dahingehend, dass wir einen patriarchalischen Staat haben, der versucht, alles und jedes zu regulieren, den Bürger vor sich selbst zu schützen – übrigens auch vor seinen Anlagewünschen; das ist genau die Situation, die Sie gerade beschrieben haben – und den Anlageberater in der Bank oder Sparkasse gege-

benenfalls auch noch persönlich in die Haftung zu nehmen, wenn denn vielleicht im Zeitablauf sich herausstellt, dass die Anlageberatung möglicherweise nicht angemessen war für die individuelle Situation. Aus dieser Situation müssen wir heraus.

Bei der psychologischen Beschreibung gerade vom Meinungsforscher ging mir durch den Kopf, das ist doch die Stimmung in einer überalterten Gesellschaft, die im Grunde vorwiegend bewahren möchte, die Sorge vor Veränderungen hat und die verlernt hat, sich über den eigenen Erfolg zu freuen. Daran sind übrigens die Medien nicht ganz unschuldig, wenn sie die Hälfte der Zeitung vollgeschrieben haben über den Klimawandel, über die Frage der Umweltverschmutzung, über die Überbevölkerung in Afrika und die potenzielle Migrationswelle, die bei uns anlandet. Am Ende ist kaum noch Optimismus da, wirklich positiv in die Zukunft zu schauen.

(Beifall)

Gerade wenn man über Altersversorgung nachdenkt, muss man optimistisch in die Zukunft sehen, auf Chancen schauen. Man muss versuchen, diese aktiv wahrzunehmen. Dazu wünsche ich mir von der Politik und auch von den Medien ein Stück weit mehr Selbstbewusstsein. Denn am Ende leben wir in Deutschland doch – nüchtern betrachtet – in Europa trotz der ganzen Themen rund um Niedrigzins und EZB, Gefahren und Brexit und was auch immer doch auf der Sonnenseite dieser Welt.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Schöppner, was Sie gesagt haben, klang nicht so nach der Sonnenseite. Herr Fröhlich, Sie haben das schon gut beschrieben. Die Medien sind aber natürlich nicht diejenigen, die die Welt erfinden. Wenn wir den Risikobericht vom World Economic Forum nehmen, dann wäre ich heute Morgen nicht aufgestanden, sondern ich wäre im Bett geblieben, so düster wird darin die Zukunft gemalt. Wir Medien transportieren das – das ist klar –, aber Herr Schöppner, so wie Sie das vorhin beschrieben haben, ist die Lage wirtschaftlich eigentlich gut, aber wenn die Einschätzung, wie lange es uns noch gut gehe, von sechs

Jahren auf ein Jahr zurückgegangen ist, muss gefragt werden, woher das kommt. Anders gefragt: Wie können wir in einer alternden Gesellschaft vielleicht doch den Optimismus von Herrn Fröhlich entfachen?

Klaus-Peter Schöppner:

Noch sind wir auf der Sonnenseite, so gerade eben! Das hat – und das ist nicht gut – uns zu Eigentlich-Deutschen werden lassen. Der Eigentlich-Deutsche zeichnet sich dadurch aus, dass er um die wirklich notwendigen Veränderungen, die wir eingehen müssen, weiß, er diese aber im Grunde nicht wahrhaben will – und sie faktisch ablehnt. Und die Politik windet sich, um Wähler zu gewinnen, dummerweise um die Zukunftsprobleme herum – und verfestigt so das Statusquo-Denken!

Das Ergebnis einer international angelegten Studie in den 15 alten westlichen EU-Ländern bestätigt die deutsche Sondermentalität: In Deutschland ist das Verhältnis zwischen dem, was wir angesichts der demografischen Entwicklung, der Veränderung des Arbeitsmarktes usw. für erforderlich halten, und dem, wozu wir bereit sind, 1: 2,5. In fast allen anderen europäischen Ländern ist das Verhältnis viel geringer, die Bereitschaft zum Wandel also entsprechend größer. Und gerade diese Bereitschaft – mit Optimismus unterlegt – sollte die Basis für den Erhalt unseres Wohlstandes und unserer Sicherheit sein.

Das allerdings setzt voraus, dass auch die Politik sich wandeln muss: „Fordern und Fördern“, also Aufgabe der „Du-darfst-so-bleiben-wie-du-bist“-Denke, sollte ein großes Ziel sein.

Unser zweites Problem könnte dagegen die Zeit lösen. Ich meine den Übergang von der analogen zur digitalen Welt. Wir wissen, dass alte Techniken auslaufen. Wie uns aber die digitale Welt im Detail verändern wird, ist den meisten vollkommen schleierhaft. Obwohl wir gerade am Wendepunkt von Alt zu Neu stehen! Dabei zeigt die Erfahrung mit anderen Umbrüchen, dass gerade in Zeiten des Peaks diese Verunsicherung maximal ist. Also muss die Politik uns gerade jetzt durch Wort und Tat verdeutlichen, dass kaum etwas wichtiger für unseren Wohlstand ist, als diesen

Übergang so schnell wie möglich hinzubekommen. Besser noch: Klar machen, dass wir bereits in dieser digitalen Welt leben.

Beispiel: Überlandleitungen für den Transport regenerativer Energien. Es ist ein Dilemma, dass wir auf dem Weg zu guten Netzen nur im Schnecken-tempo weiterkommen. Das Problem nenne ich „Trillerpfeifendemokratie“. Gegner von Neuerungen, zumeist aus egozentrischen Motiven und in der Minderheit, überragen die Befürworter im öffentlichen Erscheinungsbild deutlich an Engagement und Lautstärke. Wollen wir unseren Wohlstand wahren, müssen wir von der oftmals schweigenden Mehrheit erwarten, sich in viel stärkerer Weise zu artikulieren, als das bislang der Fall ist.

Wenn wir aus dem Problem der Eigentlich-Deutschen herauskommen, wenn die Politik auch etwas von uns verlangt – und wenn die „Nimbys“ (Not in my backyard), also die „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“-Bürger nicht mehr Verhinderungsbedeutung bekommen, dann ist bereits die halbe Miete im notwendigen Wandlungsprozess eingefahren. Nur: Noch ist die Politik – Wahlen sind immer – nicht bereit, diesen Wandel so zu unterstützen, wie es im Grunde ihre Aufgabe wäre, obwohl in einem Großteil der Bevölkerung – auch das sagen Umfragen – ein ganz großes Unwohlsein existiert,

weil sie sieht, dass unsere Politik weder zukunftsweisend noch nachhaltig ist. Wir müssen die Politik so schnell und so klar wie möglich dazu nachdrücklich auffordern.

Moderator Holger Steltzner:

Mit dieser Aufforderung: Du sollst neben der gesetzlichen Rente auch noch privat oder betrieblich, wenn möglich, für dein Alter vorsorgen.“, bin ich groß geworden und mit der werde ich nun schon alt. Diese Aufforderung habe ich immer schon gehört. Der frühere Kollege Frank Schirmacher hat schon vor vielen Jahren das Buch das „Methusalem-Komplott“ geschrieben, einen Bestseller. Er war in allen möglichen Talkshows. Wir werden seit Jahren damit bombardiert und die Bevölkerung wird aufgefordert, etwas zu tun. Aber so richtig tut sie nichts.

Ich habe mir dazu ein paar Zahlen herausgesucht: Nettoeinkommen selbstständige Handwerker ab 65 Jahren aus der vorhin zitierten Studie des Handwerksinstituts. Der Handwerker liegt bei „mageren“ 1.250 Euro, der Freiberufler aus verkammerten Berufen bei 3.265 Euro, der Selbstständige insgesamt bei 1.706 Euro, der Angestellte bei 1.879 Euro und der Arbeiter bei 1.296



Euro. Der Handwerker liegt also ganz hinten mit 1.250 Euro.

Dabei weiß doch auch jeder Handwerker, dass man heute zusätzlich vorsorgen muss. Herr Schröder, warum tun das so viele Handwerker nicht?

Berthold Schröder:

Wir haben sicherlich an einer Stelle – das ist ein Stück weit ein Spezialproblem nicht nur des Handwerks, sondern gerade der Soloselbstständigen – tatsächlich ein Problem. Im Handwerk haben wir die Situation, dass die Meisterpflichtigen verpflichtet sind, 216 Monate Pflichtbeiträge zu leisten. Das gilt aber nicht für die Unternehmer, die im Bereich der Anlage B und B1 unterwegs sind. Hier tut sich eine Lücke auf.

Es gibt viele Soloselbstständige – das zeigt auch die Untersuchung, die Sie zitieren –, die für ihre Altersvorsorge nichts tun. Ich denke, hier müssen dringend Leitplanken gesetzt werden. Das ist jetzt auch auf dem Weg, wie wir heute Morgen ebenfalls gehört haben, dass eine Verpflichtung besteht, für sein eigenes Alter vorzusorgen. Das muss aber dann so ausgestaltet werden, dass es eben nicht eine Pflicht zur Pflichtversicherung gibt, sondern dass derjenige, der vorsorgt, freigestellt bekommt, wo er das macht. Er kann es in der gesetzlichen Rentenversicherung tun, muss es aber nicht.

Ich komme noch einmal auf meine Vorredner zurück. Im Kern brauchen wir auch einen Wandel in unserer Anlagekultur. Friedrich Merz hat vor einigen Wochen einmal gesagt – da pflichte ich ihm bei –, wir müssten die Deutschen am Produktivkapital beteiligen. Wir Deutschen sind traditionell ein Land der Mieter und der Sparbuchspärer. In anderen Zusammenhängen ist mal der Begriff vom „studip german money“ gefallen. Da ist etwas dran. Es bedarf also eines grundlegenden Kulturwandels, aber auch der richtigen Rahmenbedingungen, es jungen Menschen, jungen Familien zu ermöglichen, überhaupt Eigentum zu erwerben. Im Moment sind dafür die Rahmenbedingungen sehr schlecht.

Ich denke etwa an die Vorschriften in der Energieeinsparverordnung. Sie haben das Bauen unglaublich teuer gemacht. Die Grunderwerbsteuer ist zudem in vielen Bundesländern deutlich angehoben worden. Die Leitlinie muss in diesem Bereich eine andere sein. Leitlinie des politischen Handels muss sein, dass man jungen Menschen ermöglicht, Eigentum zu erwerben.

Die Frage nach den Anlageformen ist eine der wirtschaftlichen Bildung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen jetzt nach vielen Mühen durchbekommen, dass das Fach „Wirtschaft“ in die Schulen hineinkommt. Diese Zusammenhänge müssen den jungen Leuten beigebracht werden. Man muss darüber reden, wie Anlageformen wirken, dass es durchaus auch heute Möglichkeiten gibt, Geld so anzulegen, dass es tatsächlich Erträge abwirft. Das ist traditionell nicht in den deutschen Köpfen. Das wird ihnen auch schwer gemacht. Sie haben völlig recht: Wenn Sie heute zu einer Bank kommen und sich beraten lassen, da füllen Sie erst einmal 20 Seiten Formulare aus und werden darüber belehrt, wie schlimm das eigentlich alles ist, was Sie da vorhaben. So werden wir einen Wandel nicht erreichen. Insofern brauchen wir an vielen Stellen einen Kulturwandel.

Moderator Holger Steltzner:

Bevor wir nachher über diese Anlagefragen auch im europäischen und internationalen Vergleich und die Wohneigentumsquoten sprechen, habe ich einige Nachfragen zum Handwerk mit einer weiteren Statistik aus dieser Studie.

Welche privaten Vorsorgeformen nutzen Sie? Mehrfachnennungen möglich.

Ganz weit vorne ist die selbstgenutzte Immobilie mit 68 Prozent, dann die fremdgenutzte und die Lebensversicherung mit knapp 64 Prozent, Rentenfonds und die Riester-Rente kommen mit knapp 24 Prozent. Dazu zwei Fragen.

Ich darf vielleicht die Idee von Herrn Leitermann aufnehmen. Wille vielleicht, ist die Fähigkeit auch da? Die Frage: Hat man als Mitarbeiter, vor allem in handwerklichen Betrieben, überhaupt die Möglichkeit, also genügend Mittel? Sind die

Löhne hoch genug oder ist der Abgabenteil klein genug, dass man sparen kann?

Dann noch die Frage: Warum spielt in dieser Auflistung die betriebliche Altersvorsorge eigentlich eine so untergeordnete Rolle im Handwerk – in stärkerem Ausmaß als in anderen Wirtschaftsbe-
reichen?

Berthold Schröder:

Es gilt das, was ich vorhin gesagt habe. Die Abgabenquote ist deutlich zu hoch. Ich will noch einmal eine Zahl nennen – übrigens auch aus der „FAZ“ –, wie sich der Spitzensteuersatz im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen entwickelt hat. Wir hatten 1960 die Situation, dass der Spitzensteuersatz ab dem 18fachen des Durchschnittseinkommens gegriffen hat, heute sind wir bei dem Faktor zwei. Alles, was Sie über gut 54.000 Euro verdienen, wird mit 42 Prozent versteuert.

Das führt natürlich dazu, dass Gesellen, die durchaus einen vernünftigen Bruttostundenlohn haben, am Ende des Tages, wenn sie nicht verheiratet sind und drei Kinder haben, deutlich zu wenig im Portemonnaie haben, um auch noch Altersvorsorge leisten zu können. Das ist der entscheidende Punkt, dass wir an der Stelle die Staatsquote zurückdrehen müssen, um den Leuten die Luft zu geben, eigenverantwortlich für sich und ihr Alter vorzusorgen.

Moderator Holger Steltzner:

Warum liegt das Handwerk weiter als andere zurück? Die Steuersätze gelten ja für alle. Woher kommt das? Sind die Löhne – ich frage einmal ganz ketzerisch – im Handwerk nicht zu niedrig?

Berthold Schröder:

Das ist richtig. Aber Sie stellen jetzt eine Frage, die Sie mir als Arbeitgeber eigentlich nicht stellen dürfen. Aber Sie haben sie jetzt gestellt.

Es gibt dazu natürlich die unterschiedlichsten Positionen. Ich sehe einmal zu Karl-Heinz Reidenbach, Arbeitnehmervertreter, der schon mit dem Kopf nickt, die Löhne sind viel zu niedrig. Das wird marktwirtschaftlich ausgehandelt. Dafür haben wir in vielen Bereichen Tarifverträge. Natürlich wird auch die jetzige positive Situation im Handwerk dazu führen und hat auch schon dazu geführt, dass die Löhne deutlich ansteigen. Im Baubereich hatten wir im letzten Jahr einen positiven Abschluss von 5,6 Prozent. Man muss aber natürlich auch sagen, Meister, die bei uns beschäftigt sind, verdienen teilweise mehr als ein Bachelor. Darin ist sicherlich viel Dynamik. Diejenigen, die im Handwerk eine Aufstiegsfortbildung gemacht haben, sind finanziell sicherlich sehr gut gestellt. Das ist also ein sehr differenziertes Bild.

Moderator Holger Steltzner:

Man muss immer dazusagen, dass es Durchschnittswerte sind, die ich genannt habe. Darin sind natürlich auch die Soloselbstständigen. Wir haben auch noch die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Die Zahl der Soloselbstständigen ist enorm hoch; es sind ungefähr 350.000, wenn ich richtig informiert bin.

Gelernt habe ich in der Vorbereitung zudem, diese Versicherungspflicht, Herr Schröder, die Sie angesprochen haben, von 216 Monaten, ergeben aber nur 18 Jahre Pflichtbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung. Der berühmte Eckrentner muss 45 Jahre einzahlen, wenn man mit 63 in Rente geht, muss man 35 Jahre eingezahlt haben. Also 18 Jahre reichen doch vorne und hinten eigentlich nicht.

Hinzu kommt, dass die B1- und B2-Unternehmen dieser Pflicht gar nicht unterliegen. Als Soloselbstständiger im Zweifel als Fliesenleger dann noch einem Meisterbetrieb Konkurrenz zu machen, ist unfair in der aktiven Zeit und in der passiven Zeit, wenn er keine Altersvorsorge betrieben hat, kostet er der Allgemeinheit das Geld. Der Handwerksmeister hatte auch noch den Wettbewerbsnachteil. Wie kommt man aus dieser Bredouille heraus?

Berthold Schröder:

Auch an dieser Stelle hat uns sicherlich die Novellierung der Handwerksordnung 2004 eine Menge Probleme beschert. Heute ist es im Fliesenlegerhandwerk möglich, dass jemand, der gestern noch Kellner war, heute einen Fliesenlegerbetrieb betreiben kann. Ob das dann Erfolg hat, das wage ich zu bezweifeln. Aber das führt immer wieder zu Situationen, dass diese Leute, die am Markt tätig sind, ihre Leistung auch weit unter Wert verkaufen. Natürlich ist dann auch kein Platz in den Erträgen, um für sich selbst und sein Alter vorzusorgen. Da müssen wir wieder zu geordneten Marktverhältnissen kommen. „Rückvermeisterung“ ist dafür der unschöne Begriff. Wir müssen aber da viel Nachdruck hineingeben. Es kann nicht sein, dass jemand, der für sein Alter vorsorgt, im Wettbewerb mit jemand steht, der es nicht tut. Nehmen wir mal den Fliesenlegermeister, der ordnungsgemäß vorsorgt, und nebenan ist jemand, der gestern Kellner war und heute Fliesen verlegt. Das sind unfaire Wettbewerbsbedingungen. Das muss man an dieser Stelle begründen. Das ist sicherlich auch ein Teil des Problems, das in dieser Statistik dann zum Ausdruck kommt.

Moderator Holger Steltzner:

Fehlt es vielleicht auch da, Herr Leitermann, an Beratung? Könnte man Handwerker möglicherweise gezielter ansprechen? Wieder ein Beispiel aus meiner Familie: Ich sprach mit meinem Bruder im Skilift darüber. Er hat mir berichtet: Ja, er habe für die Altersvorsorge Pensionsrückstellungen. Ich habe ihn gefragt: „Meinst du, dass du die dann ziehen könntest?“ „Ja“, hat er geantwortet. Ich weiß nicht. Am Ende wird ein Käufer dieses Betriebes die Pensionsrückstellung nicht zahlen.

Daraufhin hat er mit seiner Steuerberaterin gesprochen. Nächstes Jahr sagte er mir, ja, es sei so. Zum Glück ist er ein Unternehmer, und er hat dann etwas unternommen und Immobilien gekauft. Jetzt geht er bald in Rente. Er hat alles richtig gemacht. Ich gönne es ihm. Das ist das Schöne, wenn man Risiko eingeht, dann darf man auch belohnt werden. Aber viele Unternehmer – gerade auch Handwerker – sehen doch zualtererst ihren Betrieb, investieren in ihren Betrieb,

sehen in ihrem Betrieb auch die Basis für die Altersvorsorge und stellen dann fest, von der Basis ist gar nicht mehr viel da.

Ulrich Leitermann:

Ich glaube, die Fälle, dass ein Handwerksmeister aus seinem Betrieb nachher eine üppige Pension bekommt, weil er sich selbst eine Pensionszusage – je nach rechtlicher Konstruktion – gewährt hat und den Betrieb an jemanden übergeben hat, der in der Lage ist, die Verpflichtung zu erfüllen, sind wahrscheinlich selten. Das heißt, die Realität ist in der Tat anders. Wir stehen vor der Situation, dass in den nächsten zehn Jahren 800.000 Betriebe an die nächste Generation übergeben werden. Das Problem wird eher sein, ob man überhaupt jemand findet, der den Betrieb übernimmt. So sieht heute die Realität im Handwerk aus.

Insofern wird eine Pensionszusage aus einer gesellschaftsrechtlichen Konstellation heraus in der Regel nicht bedient werden können. Da bin ich bei Herrn Schröder. Ein Betriebsübernehmer wird sich vermutlich weigern, die Pensionsverpflichtungen mit zu übernehmen.

Ein Ansatz der Eigenvorsorge ist wohl richtig. Wenn wir an die gesetzliche Rentenversicherung denken, sollte man Selbstständigen die Wahl des Versorgungssystems überlassen. Also nicht eine Pflichtversicherung in dem Sinne, dass nur eine staatliche Lösung geht, sondern eine Versicherungspflicht. Es muss dann nachgewiesen werden, wenn nicht gesetzlich, dann eine wie auch immer geartete private Vorsorge. Dann käme viel früher, als das heute der Fall ist, die Basisrente zum Tragen mit entsprechender steuerlicher Unterstützung. Je früher man diesen Prozess aufsetzt und man vor allen Dingen auch individuell festlegen kann, wie viel man einzahlt, desto eher werden die staatlichen Systeme entlastet.

Bei den Arbeitnehmern gibt es insbesondere im Handwerk – Bäckerhandwerk, Fleischerhandwerk, aber auch in anderen Handwerksbereichen – eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Geringverdienern. Genau für diese Einkommensgruppe hat der Gesetzgeber jetzt eine Regel geschaffen, verpflichtend eine betriebliche Altersversorgung mit entsprechenden steuerlichen Vorteilen aufzubauen. Das betrifft das Betriebsrentenstärkungsgesetz.

Die aktuell möglichen Versicherungslösungen müssen sicherlich beratungsmäßig noch stärker in die Betriebe getragen werden. Warum ist die betriebliche Altersversorgung in Betrieben in der Größenordnung, über die wir jetzt sprechen, in der Vergangenheit so wenig in Anspruch genommen worden? Schlicht und ergreifend deshalb, weil die Verwaltung zu kompliziert war. Heute gibt es dank der Digitalisierung und umgesetzter technischer Lösungen die Möglichkeit, diese betriebliche Altersversorgung auch für kleinere Betriebe relativ einfach zu verwalten. Denn dort haben wir folgende Situation: Wir haben keine Personalabteilung. In aller Regel ist es doch so, dass die Ehefrau des Betriebsinhabers die Gehaltsabrechnungen und die Personalverwaltung macht. Das geschieht meistens noch am Wochenende, weil unter der Woche andere Aufgaben anstehen. Verwaltungsvereinfachungen sind also wünschenswert. Heute gibt es technische Lösungen, wie man diese betriebliche Altersversorgung relativ einfach verwalten kann. Dabei geht es darum, dafür Sorge zu tragen, den Betrieben die Möglichkeiten aufzuzeigen, die es gibt, Mitarbeiter über betriebliche Altersversorgung an die Unternehmen zu binden. Das setzt aber immer voraus, dass der Arbeitnehmer mitmacht. Ich denke, im Moment liegt es weniger daran, dass der Arbeitgeber nicht mitmacht. Die derzeitige wirtschaftliche Lage lässt dies auch zu.

Beim Arbeitnehmer ist oft die Situation – da bin ich bei Herrn Schröder –, dass er sagt: Ich kann nicht noch 50 oder 100 Euro jeden Monat zahlen. Ich bin auf diesen Betrag angewiesen und kann nicht auch noch Vorsorge treffen. Dieses Problem bekommen wir damit nicht weg. Aber man sollte die Systeme, die wir heute haben und die durch den Gesetzgeber mit guter Absicht implementiert worden sind, stärker in den Betrieben verankern. Das ist zum Wohle der Mitarbeiter und am Ende auch zum Wohle der Mitarbeiterbindung in den Betrieben.

Moderator Holger Steltzner:

Wie viel bräuchte man eigentlich, Herr Fröhlich – ich weiß, man muss das immer sehr differenziert sehen –, um eine Idee von der Größenordnung zu bekommen? Sie sagten eben, Herr Leitermann, 50 bis 100 Euro. Hat die eigentlich ein Geselle? Ja,

diese Frage muss man stellen, vor allen Dingen, wenn er hohe Mieten in Düsseldorf, Frankfurt etc. zahlt. Aber eigentlich reicht das natürlich vorne und hinten nicht. Es müsste, denke ich, eine Größenordnung von vielleicht 300 oder 500 Euro sein und das tatsächlich über einen Zeitraum von 30 Jahren, um eine Altersvorsorge in etwa auf Grundsicherungsniveau aufzubauen. Ist das in etwa so?

Uwe Fröhlich:

Sie haben sicherlich recht. Diesbezüglich ist übrigens die gesetzliche Rentenversicherung vom Ruf her deutlich schlechter, als sie faktisch ist. Deswegen würde ich erst einmal jedem zumindest nach den 18 Jahren Pflichtversicherung zuraten, sehr genau zu prüfen, ob man das als Akt der persönlichen Befreiung sieht, diese dann zu kündigen oder tatsächlich bewusst Mitglied dort zu bleiben. Denn keiner von uns weiß sicher, wie die Zukunft aussieht. Wenn wir gegebenenfalls noch enger betreut werden von Vater Staat, dann wird so ein System vielleicht irgendwann einmal auf steuerfinanziert umgestellt. Letztendlich ist das vielleicht auch ein System, über das man sagen kann, es hat zwar einen schlechten Ruf, aber es ist etwas Solides.

Das Thema „betriebliche Altersversorgung“ ist ohne Frage zumindest für gesuchte Fachkräfte ein qualitatives Kriterium bei der Auswahl des Arbeitgebers. Auch wenn es aus Sicht des Betriebes auch ein Kostenfaktor ist, eine betriebliche Altersversorgung aufzubauen, so ist es doch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor im Werben um die richtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Frage, was man am Ende wirklich aufwenden muss, hängt natürlich vom beabsichtigten Lebensstandard ab, davon, was ich mit 65 Jahren oder 67 Jahren wirklich tun und wo ich leben möchte und wie mein Vermögenshintergrund aussieht. Hin und wieder erbt man vielleicht etwas, auch wenn man letztendlich selbst nur ein relativ geringes Vermögen beziehungsweise Einkommen hat.

Diese Fragen muss man wirklich individuell betrachten. Wir geben auch die Hoffnung auf steigende Zinsen nicht völlig auf: Die Zinswende



wird kommen – wann auch immer. Deswegen: Aus heutiger Sicht Kalkulationen anzustellen auf Basis eines nicht existierenden Zinseszins-effektes, ist falsch. Man muss da eher den eigenen Schweinehund überwinden und sagen, weil es diesen Zinseszins-effekt derzeit nur gering gibt, muss man umso mehr selbst leisten. Deswegen würde ich auch nicht vor diesem Berg, der sich da vermeintlich auftut, verzweifeln, sondern kontinuierlich Sparraten über 30 bis 35 Jahre anlegen, um dann wirklich bei einem vernünftigen Ziel anzukommen.

Moderator Holger Steltzner:

Eine Idee wäre, wenn man tatsächlich einmal mit der Soli-Abschaffung vorankäme, diese Mittel umzuwidmen in einen Altersvorsorgeplan und vielleicht noch aufzustocken.

Herr Wollseifer, habe ich Sie in einem Zeitungs-interview – ich weiß nicht mehr, welche Zeitung es war – richtig verstanden, dass Sie angekündigt haben, wenn sich da gar nichts bewege, vielleicht sogar eine Verfassungsgerichtsklage anzustreben, wenn die Große Koalition an den Plänen festhalte, nur 90 Prozent der unteren Einkommensbezieher zu entlasten, weil das direkt auch das Handwerk betreffe und nicht nur Einkom-

mensmillionäre, sondern auch die Inhaberbetriebe? Wie ist darauf das Echo aus der Politik? Könnte ein solcher Vorschlag vielleicht in einem politischen Prozess Früchte tragen? Damit möchte ich auch die Fragerunde für das Publikum eröffnen.

Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und Präsident der Handwerkskammer zu Köln:

Wir möchten natürlich die Politik positiv beraten. Ich hatte vor fünf Wochen Herrn Scholz im steuerpolitischen Forum des ZDH. Wir haben dabei auch dieses Thema miteinander diskutiert. Herr Scholz meinte, es bleibe beim Koalitionsvertrag, dass im Jahr 2021 damit begonnen werde, den Soli abzubauen. Dabei sei die Zielmarke 90 Prozent. Die restlichen 10 Prozent seien Millionäre, die nicht entlastet werden müssten.

Ich habe ihm dann vorgerechnet, dass das nicht Millionäre sind, sondern dass 80 Prozent unserer Betriebe im Handwerk Einzelunternehmer und Personengesellschaften sind. Sie wissen auch, wenn Einzelunternehmer 61.000 Euro Gewinn erzielen, dann handelt es sich um das Einkommen. Sie haben dann keinen Euro im Laufe des

Jahres entnommen. Teilt man das durch zwölf, dann haben die ein Bruttogehalt von etwa 5.100 Euro. Mit diesen 5.100 Euro – noch dazu nicht mit 36 Stunden erwirtschaftet, sondern vielleicht mit 50 bis 60 Stunden pro Woche – ist man kein Einkommensmillionär. Diese Leute sollen nicht entlastet werden? Das werden wir nicht zulassen – nötigenfalls mit einer Verfassungsklage.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Sehen Sie eine Chance, vielleicht politisch dahin wirken zu können, dass man diesen Betrag aus dem Soli für die Altersvorsorge einsetzt? Jetzt gibt es das Baukindergeld – ein hoher Betrag mit bestimmt vielen Mitnahmeeffekten. Sehen Sie für die Idee eine Chance, die ich mit Herrn Leitermann einmal am Telefon besprochen habe, den zu fördern, der die Solimittel nicht konsumiert, sondern für eine Altersvorsorge wie eine vermögenswirksame Leistung einsetzt?

Hans Peter Wollseifer:

Es geht in vorderster Linie um die Entlastung des Mittelstandes, um die Leistungsträger der Gesellschaft. Wir sind der Ansicht, dass wir die auf Dauer entlasten müssen. Wir haben heute ja schon viele Zahlen gehört, die alle richtig sind. Die Belastung geht bei den Sozialabgaben mittlerweile über die 40-Prozent-Grenze. Das ist dann nicht mehr hinnehmbar. Also muss es um Entlastung gehen. Wenn wir entlastet werden, dann besteht natürlich mehr die Möglichkeit, auch für das Alter vorzusorgen. Diese Empfehlung sollte man dann auch geben. Da werden mit Sicherheit intelligente und gute Produkte von der SIGNAL IDUNA oder der DZ Bank über die R+V oder wen auch immer dann an die Bürger und an die Handwerker herangetragen, die man dann auch wirklich gut einsetzen kann und die dazu beitragen, dass man im Alter besser zu-rechtkommt. Aber im Vordergrund muss für die Zukunft stehen, dass wir den Mittelstand und die Bürger entlasten.

Moderator Holger Steltzner:

Mehr Freiheit für die Bürger. Ich höre es gern, der politische Glaube fehlt mir noch, aber ich arbeite daran.

Uwe Fröhlich:

In dem Kontext wäre auch wichtig, dass der Gesetzgeber der Versuchung widersteht, bei der Besteuerung dieser zusätzlichen Renteneinkünfte im Alter zunehmend zuzugreifen. Das ist auch ein bedeutendes Gegenargument für diejenigen, die sich mit dieser Vorsorgelösung beschäftigen, wie sieht die politische Situation aus und muss ich das gegebenenfalls der Einkommensteuer in voller Höhe unterwerfen.

Wir sind derzeit auch politisch in einer komischen Situation, in der versucht wird, alles zu regeln und alles ein Stück weit der großen solidarischen Gemeinschaft zu unterwerfen.

Moderator Holger Steltzner:

Eine Frage aus dem Publikum, bitte.

Karl-Heinz Reidenbach, Vizepräsident der Handwerks- kammer Düsseldorf:

Ich vermisse die Solidarität. Wir hätten schon Zeit genug gehabt, das Rentensystem insgesamt umzustellen, bei der jeder wie bei einer Bürgerversicherung einzahlt: Beamte, Freiberufler, Soloselbstständige wie auch Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer sind sowieso bereit, 30 Euro im Monat mehr in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, wenn sie wüssten, dass danach eine vernünftige Rente herauskommt.

Was das Tarifgeschehen angeht: Jetzt soll die Handwerksordnung modernisiert werden. Dabei muss aber auch hineingenommen werden, dass die Innungsbetriebe (Körperschaften öffentlichen Rechts) ihre Aufgaben wahrnehmen und

sich wieder an Tarifverträge beteiligen. Die haben die Pflicht dazu, Tarifverträge mit den Gewerkschaften auszuhandeln. Die Tariffucht ist überall in Deutschland bemerkbar. Ich denke, Solidarität täte gut.

Ich empfehle auch jedem Selbstständigen, in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, weil dies das Starke ist, was wir in Deutschland haben.

Natürlich kann man sich darüber hinaus zusätzlich versichern, wenn man meint, man wolle etwas mehr haben als nur die gesetzliche Rente. Das mache ich auch. Aber eine Direktversicherung oder eine Entgeltumwandlung lohnt sich für einen Arbeitnehmer nur, wenn der Arbeitgeber mindestens 20 Prozent zulegt. Das ist aber in vielen Fällen nicht der Fall. Dann lohnt sich das Ganze nicht. Dann zahle ich lieber diese Summe in die gesetzliche Rentenversicherung ein.

Berthold Schröder:

Flächendeckende Tarifverträge sind sicherlich vernünftig. Diese Forderung kann ich nur unterstützen.

Was die Entlohnung der Mitarbeiter angeht, sehen wir im Moment viel Bewegung. Wir haben einen Fachkräftemangel auch im Handwerk. Da gibt es viel Dynamik in den Entgeltverhandlungen. Ich hatte eben schon die 5,6 Prozent im Baugewerbe angeführt. Ich denke, der Markt allein wird da schon sehr viel regeln.

Es gibt im Handwerk auch eine große Bereitschaft – ich kann das zumindest für mein Unternehmen sagen –, die betriebliche Altersversorgung zu stützen auch mit Beiträgen weit über das hinaus, was der Gesetzgeber dort mittlerweile vorschreibt, weil es natürlich – Herr Fröhlich, da haben Sie recht – ein Punkt ist, wie ich Arbeitskräfte für mein Unternehmen gewinne. Ein Argument ist dabei, ob ich für meinen Betrieb eine vernünftige betriebliche Altersversorgung anbiete. All das ist in Bewegung. Auf diesem Gebiet wird sich vieles auch ohne staatlichen Zwang lösen. Ich bin grundsätzlich dagegen, dass man sagt: Der Staat muss das für uns alle regeln. Ich glaube nicht, dass das ein guter Weg wäre. Es ist

vielmehr besser, wenn die Menschen in Eigenverantwortung handeln, wenn jemand selber entscheiden kann, der selbstständig ist, ob er in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen will oder ob er sich einem Versicherer anvertraut. Das muss den Menschen freigestellt bleiben.

Moderator Holger Steltzner:

Bevor Herr Schmitz das Wort erhält, vielleicht noch eine kleine Bemerkung: Die demografische Herausforderung, vor der das Land und auch die gesetzliche Rentenversicherung stehen, würde natürlich durch die Einzahlungen der Gruppen, die Sie genannt haben, nur ganz wenig abgemildert werden – die demografische Entwicklung würde sich dadurch nicht umkehren –, zumal jeder Einzahler später auch eine Auszahlungsbeziehung erwirbt.

Andreas Schmitz, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf:

Ich will zunächst noch eine Ergänzung anbringen zu dem, was Herr Leitermann und Herr Fröhlich zur Niedrigzinspolitik gesagt haben.

Man muss sich das bezüglich der EZB bildlich vorstellen: Der Kopf liegt im Kühlschrank, die Füße liegen im Backofen. Die Durchschnittstemperatur in Europa stimmt, aber leider nicht in Deutschland.

Die Thematik, die damit verbunden ist, besteht darin, dass dadurch die soziale Spaltung einer Gesellschaft weiter befördert wird. Sie haben zu Recht gesagt, diejenigen, die Vermögen haben – ich meine „richtig“ Vermögen –, deren Assetklassen – seien es Immobilien, Aktien, Oldtimer oder Kunst – sind gewaltig gestiegen, wohingegen die Leistungsträger dieser Gesellschaft wie Facharbeiter etc., die noch nicht einmal 100.000 Euro im Jahr verdienen, sondern vielleicht nur 50.000 Euro und die davon über einen langen Zeitraum 100.000 Euro zurückgelegt haben, entreichert werden.

Das ist die große Angst derjenigen, die wir heute als Mittelschicht bezeichnen. Dies ist nicht nur in unserer Volkswirtschaft, sondern in anderen auch, festzustellen, dass sich diese Menschen dann abgehängt fühlen. Das ist verbunden mit den Folgen, die wir im Parteienspektrum zum Teil sehen.

Wir alle leben unter der Prämisse, Wachstum ist das, was wir brauchen, immer höher, schneller, weiter. Jetzt schauen wir einmal nach Japan. Dort gibt es seit Jahr und Tag kaum Inflation, es gab dort sogar teilweise Deflation. Das ist in einer alternden Gesellschaft gar nicht mal so schlimm. Denn da leben schon fast 50 Prozent im Rentenalter. Wenn meine Einnahmen gleich bleiben, aber meine Kosten sinken, dann habe ich auch mehr. Die Produktivität pro Kopf steigt auch noch. Das japanische System funktioniert dahingehend, dass der Japaner seine ganzen Ersparnisse dem Staat anvertraut und der Staat ihn deswegen von Reformen verschont. So ist es, wenn man es auf den Punkt bringt.

In einer alternden Gesellschaft, die wir nun einmal sind – wir wissen das aus der Demografie, wo auf jeden, der aus dem Erwerbsleben ausscheidet, einer eintritt –, ist die Frage, wie sie mit dem Thema „Wachstum“ umgeht. Brauchen wir Wachstum?

Moderater Holger Steltzner:

Ich darf das noch ergänzen, Herr Schmitz. Ich war mit der Familie einmal in Japan; auch in Südkorea war es nicht großartig anders.

Das sieht oberflächlich alles so aus, wie Sie es beschrieben haben, aber wenn man genau hinschaut, sieht man: Für die Jungen in einer solchen Gesellschaft ist das kein schönes Leben. Sie sind hervorragend ausgebildet. Häufig sind zwei Jobs notwendig, wenn man überhaupt außerhalb seines Elternhauses mit 30 Jahren und älter wohnen und leben möchte. Von einer Lebens- einkommensperspektive, wie sie die Eltern hatten, können die dort nur träumen. Ja, es ist das Bewahrende, aber welche Perspektive gibt man den Jungen? Gerade die niedrige Nettoerzeugungsrate ist Ausfluss dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Ich persönlich hoffe sehr, dass wir

nicht dem Beispiel Japans folgen. Mit Blick auf die Geldpolitik habe ich da manchmal Sorgen.

Uwe Fröhlich:

Ich denke, wir müssen auf die Anmerkung von Herrn Schmitz bezogen auch im Hinterkopf haben, was eigentlich aus dem Wirtschaftsstandort Deutschland wird, wenn wir sagen, wir haben einen Level erreicht, der uns genügt, und wir versuchen, das Bestehende möglichst lange zu verbrauchen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das wäre dann sicherlich auch das Ende des Wirtschaftsstandortes Deutschland und unserer ökonomischen Kraft, die uns sehr viel Wohlstand gegeben hat. Am Ende denken wir sicherlich auch alle an unsere Kinder und Kindeskin- der und daran, wie es in Deutschland weitergeht.

Man mag Einwanderung gut oder weniger gut finden, aber dass wir Einwanderung brauchen, das ist, denke ich, mehr als klar. Die Frage ist, über welchen Weg. Wie schwer sich unsere Gesellschaft tut, ein vernünftiges Einwande- rungsgesetz auf die Beine zu stellen mit klaren Anforderungen – und diese Anforderungen durchzuhalten –, das erleben wir gerade auch in der politischen Diskussion. Damit meine ich jetzt nicht die Migrationsdebatte, die unter dem Stich- wort „Flüchtlinge“ läuft.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir ohne Fra- ge qualifizierte Arbeitskräfte.

Moderater Holger Steltzner:

Und wir brauchen auch noch weiter Wachstum – oder?

Uwe Fröhlich:

Und wir brauchen natürlich auch die Möglich- keiten für unsere Unternehmen – nicht nur für das Handwerk, sondern auch für die größeren Unternehmen –, die Arbeitsplätze zu besetzen, die uns stark machen. Da laufen wir in eine enor- me Lücke hinein. Das drückt sich auch aus in der



Die Teilnehmer des Dreikönigsforums: Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke, Berthold Schröder, Ulrich Leitermann, Moderator Holger Steltzner, Klaus-Peter Schöppner, Uwe Fröhlich und Andreas Ehlert (von links)

Frage der Rente und der Altersversorgung, dass wir eben leider diesen Döner und nicht mehr die klassische Bevölkerungspyramide haben. Aber daran müssen wir arbeiten. Wir müssen auch als Land attraktiv sein, in dem man gern lebt und arbeitet – und das für die richtigen Menschen auf dieser Welt. Das ist ein Thema, das nicht mit mehr Behüten, Regeln und mehr Gesetzen und mit allen möglichen Auflagen bewältigt werden kann, auch nicht mit einem zentralistischen Europa, wo man glaubt, alles in Brüssel entscheiden zu können, sondern Gesellschaften entwickeln sich immer dann positiv und tatsächlich auch stürmisch, wenn Freiräume angeboten werden, die wir dringend brauchen. Wir sind aber eigentlich in Deutschland in einer völlig anderen Entwicklungsrichtung.

Klaus-Peter Schöppner (Inhaber und Geschäftsführer der Mentefactum GmbH):

Die Zukunft wird auch davon bestimmt werden, ob es uns gelingt, den Begriff „Leistungsträger“ positiv zu gestalten. „Leistungsträger“ ist ein „Kampfbegriff“, obwohl wir wissen, dass es gerade dort ein besonders großes Ausmaß an privatem Engagement gibt. Dieser Staat ist ohne das private Engagement dieser „Besserverdienenden“ und ohne die vielen Hilfsorganisationen oder diejenigen, die Freiwilligendienste leisten,

nicht funktionsfähig. Und gerade dieses wird bei uns zu selten anerkannt. Auch das muss sich bei uns ändern!

Dennoch ist die Situation in Deutschland aus zwei Gründen nicht ganz so dramatisch: Zum einen deshalb, weil wir eine wohlhabende „Jetzt-Generation“ haben. Also das, was zukünftig vererbt werden wird, ist sehr viel im Vergleich zu früher und anderen Ländern. Noch wichtiger ist die Mentalität der „Opa-Generation“. Wenn wir sie fragen, wofür diese ihr Geld/ihre Rente ausgibt, dann wird sofort die Unterstützung für Kinder und Enkel genannt. Und zwar direkt nach den „Obligationen“, also nach den normalen Verpflichtungen wie Miete, Essen usw. Es gibt also heute bereits in weiten Bevölkerungskreisen einen finanziellen und materiellen Transfer, der wesentlich zum Wohlergehen beiträgt.

Zweites positive Signal: Diese Gesellschaft steuert tendenziell weniger auf quantitatives als auf qualitatives Wachstum zu. Also auf Lebenszufriedenheit, Unterstützung, Nachhaltigkeit! Unsere Art, z. B. mit Umwelt, Klima, Tieren umzugehen, ist weltweit schon sehr speziell. Wenn wir es schaffen, dieses qualitative Wachstum auf der einen Seite mit einem moderaten quantitativen Wachstum zu verbinden, dann sehe ich absolut nicht schwarz für uns und nachkommende Generationen.

Richtig ist, dass wir uns von dieser Leitidee des „Immer schneller, immer weiter, immer besser“ verabschieden müssen. Ein Signal dafür ist, dass die Zufriedenheits- und Glücksforschung massiv zunimmt.

Moderator Holger Steltzner:

Aber wenn ich mal die Energiewende nehme oder den jüngsten – ich nenne es einmal so – Dieselwahn sehe, die Volten, die wir in der Dieseldiskussion geschlagen haben, frage ich mich, ob wir bei aller Einigkeit über das Ziel, dass wir das Weltklima als Menschheit retten müssen, also die Erwärmung dämpfen sollten, in Deutschland nicht übertreiben, so wie wir es mit der Energiewende gemacht haben. Wir hatten neulich vom dänischen Umweltökonom Lomborg ein schönes Interview in der Sonntagszeitung. Der sagte: Pro Euro, den Deutschland ausgibt, landen, wenn man das umrechnet, drei Cent beim Klimafortschritt.

Das wäre dann eine unglaubliche Verschwendung von Ressourcen. Dennoch sollte man nicht übertreiben. Denn nur wenn wir die Bürger mitnehmen, entsteht eine Mentalität des Wandels. So wollen viele in der Gesellschaft – das ist der Zeitgeist – am liebsten den Dieselmotor gleich ganz abschaffen, obwohl die Elektrozulassungszahlen minimal sind, wir noch nicht einmal die Ladestationen haben, viele sich kein neues Auto leisten können und der Industrie noch nicht einmal die Chance gegeben wird, emissionsfreie Verbrenner herzustellen. So entstehen Aversionen, möglicherweise auch bald deutsche Gelbwesten.

Wir müssen aufpassen, dass da keine Welten klaffen zwischen hehren Zielen, dem, was man erreichen möchte, und dem, was wir uns aus rationaler und nüchterner Sicht tatsächlich leisten können. Noch regiert die normative Kraft des Faktischen!

Klaus-Peter Schöppner:

Eine Statistik besagt, ein Euro Prävention ist für den Umweltschutz so nützlich, wie vier Euro hinterher, um Mängel zu beseitigen.

Die Deutschen möchten gerne die Vorreiterrolle übernehmen – und erwarten von anderen Ländern, dass sie sich die gleichen, nämlich unsere Ziele setzen. Das geht so nicht! Dass „Klimaschutz“ nirgendwo so implementiert ist, wie in der deutschen Bevölkerung, darf aber nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen!

Tatsache ist aber auch, dass es irgendwo eine mentale Initialzündung geben muss. Nur dann besteht die Hoffnung, dass andere europäische Länder, zumindest die Länder, die uns von Struktur und Mentalität ähnlich sind, nachziehen und die Wettbewerbssituation dadurch nivelliert wird und die fortschrittlichen Nationen durch einen Wettbewerbsvorsprung hier möglicherweise das nächste Wachstumsfeld generieren. Ob es so kommt, wissen wir nicht. Aber das ist zumindest in der Bevölkerung eine sehr stark verankerte Hoffnung.

Moderator Holger Steltzner:

Die Energiewende hat uns aber keiner nachgemacht. – Herr Leitermann.

Ulrich Leitermann:

Mir wird das hier jetzt ein bisschen zu grün, muss ich ganz ehrlich sagen. Wir werden alle gesund älter und sind dabei gesünder als frühere Generationen.

Ich denke, wir müssen schon feststellen, dass die Luft in Deutschland noch nie so gut war wie im Jahr 2018/2019 – trotz aller Diskussionen um Abgase.

(Beifall)

Das wird im Übrigen nicht bestritten.

Es ist sicherlich auch gut, wenn wir uns klar positionieren und erklären: Jawohl, wir wollen weiter etwas für den Klimaschutz leisten.

Gleichwohl müssen wir aufpassen. Ich erinnere mich daran, dass es Jahre gegeben hat, in denen wir den Diesel propagiert und viele Dieselfahr-

zeuge gefahren haben, weil der CO₂-Wert im Vordergrund stand. Auf einmal stehen Stickoxide im Vordergrund. Ich bin gespannt, wie lange das gut geht. Wahrscheinlich fahren wir alle wieder Benziner, die deutlich mehr verbrauchen und die Umwelt anderweitig belasten. Dann bekommen wir in ein paar Jahren wieder eine CO₂-Diskussion.

Gleichzeitig sind wir intensiv dabei, die Industrie, die uns zum heutigen Wohlstand maßgeblich verholfen hat, sukzessive kaputt zu machen. Die Wertschöpfung im Inland ist bei den Elektroautos deutlich geringer als bei Verbrennungsmotoren. Die Gesamtökobilanz von Elektromobilität ist negativ. Wir tun so, als ob sie das Allheilmittel wäre, und vergessen dabei, auch andere Antriebsformen wie Wasserstoff nach vorne zu treiben.

(Beifall)

Zugleich machen wir eine Industrie kaputt, von der wir alle heute noch nachhaltig leben.

Sehen wir uns einmal Baden-Württemberg an. Stellen wir uns vor, in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland werden nur noch Elektroautos verkauft. Dann denken Sie an die Zulieferindustrie in Baden-Württemberg und die vielen Arbeitsplätze, die dort dann verloren gehen. Also herzlich willkommen auf der grünen Wiese.

Ich finde das nicht wirklich gut. Ich will das nicht zu sehr auf Deutschland beziehen, weil ich denke, dass wir viel mehr den europäischen Kontext brauchen. Ich mache mir viel mehr Sorge, was bei der Mai-Wahl geschieht. Damit sind wir zwar vom Vorsorgethema für das Handwerk weg, aber wenn wir uns schon einmal in der politischen Diskussion befinden, ist das vielleicht ganz sinnvoll. Die Frage ist: Was passiert bei der Wahl im Mai in Europa? Was geschieht in England? Welche riesigen Gefahren kommen in den nächsten Wochen auf uns zu, wenn es einen harten Brexit gibt? Müssen wir nicht alle, insbesondere auch die jungen Leute, dazu motivieren, zur Europawahl zu gehen und für eine Zukunft Europas die Stimme zu erheben? War nicht auch ein Mangel an Aufklärung die Ursache für die Brexit-Entscheidung?

Wir sollten aber erkennen, Europa muss sich auf die wirklich europäischen Themen konzentrieren. Da geht es eben um Handelsabkommen. Das ist ein Europathema. Es geht um innere Sicherheit für Europa. Diese Themen müssen besetzt werden. Für diese Themen müssen wir uns einsetzen und uns stark machen. Nur wenn wir ein starkes Europa haben, werden wir zwischen den Blöcken Asien und Amerika überhaupt eine Zukunft haben und von Wachstum reden können. Wir müssen auch unserer nachfolgenden Generation viel stärker das Thema nahebringen: Europa ist gut – gerade für die Deutschen. Wenn in der Vergangenheit überhaupt eine Nation von Europa profitiert hat, dann ist es Deutschland gewesen. Das reflektieren wir aus meiner Sicht nicht nachhaltig und deutlich genug. Dieses Jahr haben wir bei der Europawahl die Chance, dafür Sorge zu tragen, dass dort nicht alles aus dem Ruder läuft, wie bei der einen oder anderen Landtagswahl und bei der Bundestagswahl in Deutschland. Es müssen die Kräfte nach vorne kommen, die Europa wollen, die für Europa eintreten, aber gleichzeitig im Auge haben, Europa und den europäischen Einfluss auf das zurückzuführen, was Europa am besten kann. Das sind die genannten Themen, insbesondere die Handelspolitik.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Bevor Herr Ehlert noch etwas sagt, nur eine Anmerkung zu Europa: Es gibt europäische Umfragen. Da erweist sich Deutschland immer noch als besonders proeuropäisch. Also, die Zustimmung zur EU ist in Deutschland deutlich größer als in anderen Ländern.

(Klaus-Peter Schöppner: Derzeit so hoch wie noch nie!)

Insofern bin ich für diese Wahl gar nicht so skeptisch. Die Verwerfungen sind in Italien und Frankreich im Moment viel stärker zu sehen.

Herr Ehlert, vielleicht versuchen wir trotzdem noch einmal, in der Schlussrunde etwas über das Handwerk und die Altersvorsorge zu sagen.

Präsident Andreas Ehlert:

Herr Steltzner, Sie hatten ganz am Anfang gesagt, Deutschland sei hinsichtlich der europäischen Niedrigzinspolitik der größte Gewinner, und nannten die 360 Milliarden Euro, die Deutschland an Zinsen gespart habe.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Fröhlich sagte das.

Präsident Andreas Ehlert:

Herr Fröhlich hat es eigentlich umgekehrt gesagt und erklärt, 295,5 Milliarden Euro seien den deutschen Sparern geklaut worden, um das Land zu entschulden. So herum würde ich es wirklich formulieren wollen. Mich regt das unglaublich auf.

Präsident Schmitz hat natürlich recht, die wirklich Wohlhabenden in diesem Land geht das überhaupt nichts an. Es ist gerade der Mittelstand, der ausgeraubt wird zulasten unserer Altersversorgung, die dazu dient, den Staat zu entschulden.

Deshalb meine Frage an den Meinungsforscher, an Herrn Schöppner: Ist das ein Sachverhalt, der uns in der Summe überhaupt nichts angeht? Lesen wir das einfach brav in den Zeitungen und trinken weiter unseren Kaffee, oder gibt es in der Bevölkerung einen Frust, der besagt, dass es so nicht weitergehen kann? Dazu interessiert mich Ihre Einschätzung.

(Beifall)

Klaus-Peter Schöppner:

Ich habe das ja versucht zu erklären. Ich habe eben den Begriff des sogenannten redlichen Bürgers gewählt.

30 bis 40 Prozent der Bevölkerung sind wahltechnisch unglaublich volatil – sie pendeln vom linken bis zum rechten Rand. Das ist ein großer Teil

der AfD- und der Nichtwähler, die damit ihren Frust über die „Politik immer für die anderen“ artikulieren. Auch sie fühlen sich als Leistungsträger, die sich engagieren, ihrem Empfinden nach aber vom Staat keinen entsprechenden Respekt, sowohl moralisch als auch merkantil, bekommen.

Es ist kein geringes Problem, diese Leistungsträger wieder zurückzugewinnen. Dass sie Demokratie wieder „aushalten“ können, das geht nur mit ehrlicher Politik.

Ich teile inhaltlich Ihre Meinung, die Sie eben vertreten haben. Nur vertrete ich eben die Position des „gemeinen“ Bürgers, der vieles nicht versteht. Unter anderem, dass Wirtschaft eine so geringe Rolle in Schule, Verwaltung und Politik spielt. Auch das ist ein großes Problem.

Wir müssen aufstehen und etwas tun für den soliden, den redlichen Bürger, den Mittelstandsbürger, für denjenigen, der sich müht, der was tut, der eigentlich staatstragend für unser Gemeinwohl ist. Dieser Bürger wird von der Politik vergessen wie keine andere gesellschaftliche Gruppe.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Mit Blick auf die Uhr kommen wir langsam zum Ende unserer Debatte. Herr Schöppner, ich darf die Emotion, die in den letzten Beiträgen in die Diskussion hineinkam, aufnehmen und versuchen, das einmal so zusammenzufassen: Der peruanische Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa, ein aufrechter Liberaler, hat das neulich in einem Interview einmal als Krise der liberalen Demokratien des Westens beschrieben.

Wenn man heute in der Mitte der Gesellschaft eine Familie gründet, dann ist es wohl so, dass beide Elternteile arbeiten, sie vielleicht ein oder zwei Kinder haben. Sie haben am Ende des gesamten Arbeitslebens das Gefühl, eigentlich auf der Stelle getreten zu sein, eigentlich nicht wirklich vorangekommen zu sein. Wir können heute nicht mehr guten Gewissens sagen, dass wir das ursprüngliche Versprechen, den Kindern solle es einmal besser gehen, uneingeschränkt in unseren

westlichen Demokratien noch einlösen können. Deshalb haben wir solche Phänomene wie Brexit, wie Trump und Gelbwesten.

Llosa führte das – deswegen zitiere ich ihn hier – nicht allein zurück auf die Unzufriedenheit mit der Politik, auf die Überforderung, der wir gesellschaftlich unterliegen, sondern er sagte, dass wir heute eigentlich – das passt jetzt besonders gut, weil Sie vorhin die Freiheit so hoch hielten – gar kein wirklich freiheitlich-marktwirtschaftlich kapitalistisches Wirtschaftssystem mehr haben, sondern schon längst in unseren Gesellschaften ein Mischsystem installiert haben, das eigentlich halb sozialistisch und halb kapitalistisch ist, also in gewisser Weise gar nicht mehr so weit entfernt ist von dem chinesischen, das wir als staatskapitalistisches System verteufeln.

Vielleicht wäre das eine Lösung für die Altersvorsorge im Handwerk und im Mittelstand und für die Gesellschaft generell: Geben wir doch – wenn ich das als meinen Wunsch zum Anfang des Jahres 2019 einmal unpolitisch in die Runde geben darf – dem Bürger wieder Freiheiten zurück. Er weiß am Ende im Grunde sowieso besser als jeder Politiker oder Journalist, was er damit machen möchte. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Schlusswort

**Hans-Joachim Hering,
Vizepräsident HANDWERK.NRW**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Dreikönigsforum hat, wie ich finde, wieder gehalten, was es uns alljährlich verspricht: eine spannende und substanzielle Diskussion. Die gute Nachricht ist, dass Sie jetzt nur noch mich aushalten müssen.

Uwe Fröhlich hat uns die Herausforderungen für die Banken beschrieben, die Suche nach tragfähigen Geschäftsmodellen ohne nennenswerte Zinsen, aber hoffentlich auch ohne das Geschmäckle von Angeboten früherer Zeiten – zumindest bei einigen Banken. Ich nehme ihn ausdrücklich davon aus. Weiterhin der schier aussichtslose Kampf durch das Dickicht der Regulierungen, die uns Handwerksunternehmer ebenso bis hin zur Lethargie nerven.

So auch Ulrich Leitermann, der uns eindringlich vor Augen geführt hat, was das Geschäft der Versicherungswirtschaft im Moment so schwer macht, nämlich der schmale Grat zwischen Renditenotwendigkeit im Sinne des Versicherten und den erheblichen regulatorischen Vorschriften, die das Tagesgeschäft so mühsam machen.

Klaus-Peter Schöppner hat unsere Debatte auch auf die statistischen und psychologischen Rahmenbedingungen gelenkt, auf Zukunftserwar-



tungen, Risikoeinschätzungen und Institutionenvertrauen. All das sind elementar wichtige Randbedingungen, die sich auf das Investitionsverhalten und die Spartätigkeit auswirken.

Berthold Schröder hat mir mit seinen Aussagen natürlich aus dem Unternehmerherz gesprochen. Da prasselt täglich ganz schön viel auf den Unternehmer ein. Er hat aber am Ende die Verantwortung für die richtige Entscheidung – auch für die richtige Geldentscheidung. Im Gegensatz zu vielen anderen Menschen in unserer Gesellschaft kann er die Folgen einer falschen Entscheidung nicht auf die Gemeinschaft abwälzen.

Schlussendlich hat wieder einmal Holger Steltzner in seiner unverwechselbaren Art als sensibler Dirigent das Orchester zum Klingen gebracht. Es kommt halt nicht von ungefähr, dass wir ihn Jahr für Jahr um die Wahrnehmung dieser Aufgabe bitten.

Im Namen aller, die so aufmerksam gelauscht haben, sage ich herzlichen Dank an unser Podium und an alle, die sich an der Debatte beteiligt haben. Das war schon eine besondere Mischung: drei beruflich verankert in Westfalen, ein Nordlicht und ein Hesse. Da liegt es auf der Hand, dass unser Dank ein Andenken aus dem Rheinland sein muss. Über Bier und Mode kann man sich trefflich streiten, aber was uns Düsseldorfern keiner nachmacht, das ist unser Rosenmontagszug. Ich sage Ihnen auch, warum: Das ist politische und gesellschaftliche Satire auf Rädern.

(Beifall)

Es gibt vieles auf Rädern, aber das ist Satire auf Rädern. Boshaft, witzig, demaskierend, tiefgründig, wahrhaftig – ein Labsal für unsere in Lug und Trug lebende Welt. Das liegt natürlich an Jacques Tilly, den obersten Wagenbauer, den Herrscher über Holzstützen und Pappmaché.

Ich halte hier in den Händen einen wunderbaren Band über Despoten, Diktatoren und Demagogen, der seine besten Motive im Bild festgehalten hat. Nehmen Sie ihn, meine Herren, als Prise rheinischen Humors mit in Ihre Heimat. Immer, wenn Sie sich bis aufs Blut ärgern über falsche Entscheidungen, verpasste Renditen oder unsägliche Regulierungen, dann schauen Sie einfach

in dieses Buch und Ihre verkrampfte Seele wird sich wie durch ein Wunder entspannen.

(Heiterkeit)

In diesem Sinne noch einmal ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Wer öfter an dieser Veranstaltung teilgenommen hat, der weiß, dass ich meine Aufgabe an dieser Stelle immer darin sehe, Ihnen am Ende einer ernstesten Debatte noch etwas Aufmunterndes und Heiteres mit auf den Weg zu geben. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, bei dem heutigen Thema fallen mir aus meiner alltäglichen Erfahrung als Unternehmer nur sarkastische Anmerkungen ein.

Da gibt es genügend Berührungspunkte, die man als Unternehmer mit Maß und Mitte nur als Realist empfinden kann. Man müsste täglich laut auflachen, wenn das nicht alles so furchtbar traurig wäre.

Wohin mit dem Geld? Die Frage stellt sich, wenn man das tiefe Tal der Steuern und Abgaben einigermaßen überlebt hat, so zum Beispiel ganz konkret bei der Anschaffung von Firmenfahrzeugen. Wir haben eben kurz darüber gesprochen. Wenn man wie ich mitten in Düsseldorf sitzt, ist das inzwischen ein heikles Thema mit geringer Aussicht auf schadlosen Erfolg.

Darf ich mit meinem Fahrzeug, das mit staatlich subventioniertem und über Jahre propagiertem Dieselkraftstoff betrieben wird, in ein paar Monaten noch in meine Innenstadt hineinfahren? Oder gibt es noch Hoffnung, dass der Fahrzeughersteller dazu gezwungen wird, das umzusetzen, was von uns – vom Handwerk – selbstverständlich täglich erwartet wird, dass wir das, was wir versprochen haben, auch einhalten, und dass wir, wenn wir es nicht tun, es auf eigene Kosten in Ordnung bringen müssen.

(Beifall)

Wenn der Hersteller auch weiterhin von der Politik bevorzugt behandelt wird, stellt sich die Frage, wie viel Jahre ich das Fahrzeug nutzen kann, wenn ich mich auf eine Nachrüstung einlasse, für

die derselbe Hersteller ebenfalls keine Haftung übernehmen will. Darf ich mit einem solchen Fahrzeug dann noch auf deutschen Autobahnen fahren? Falls nicht: Erfüllt das Fahrzeug die Kriterien für Ausnahmegewilligungen? Falls doch: Wo finde ich das Antragsformular? Kann ich sicher sein, dass der Grenzwert von 40 Milligramm auch in zwei Jahren noch gilt, oder sollte ich sicherheitshalber schon mal üben, den Heizkessel – ich komme aus dem SHK-Beruf – auf dem Lastenfahrzeug zu transportieren?

Geldentscheidungen werden nicht nur beim Auto getroffen, sondern zum Beispiel auch beim Fotokopierer, der im Büro weitaus höhere Staubemissionen produziert als ein Fahrzeug. Daher die Frage: Welcher Grenzwert wird in Bälde für Kopierer festgesetzt? Falls mein aktuelles Gerät den Grenzwert nicht einhält, kann ich alternativ zu einem Neugerät die Mitarbeiter auch mit Schutzmasken arbeiten lassen? Ich will Sie mit solchen und weiteren Spekulationen nicht länger an Ihre Stühle fesseln. Aber Sie erkennen die ernste Moral, die dahintersteckt.

Wenn Unternehmer kluge und nachhaltige Investitionsentscheidungen treffen sollen, dann darf die Politik kein Feuerwerk an Eingriffen, Verboten und Subventionen abbrennen, sondern muss verlässliche Regeln und Rahmenbedingungen setzen. Es muss Schluss sein mit der Kakophonie der politischen Botschaften von EU, Bund, Land und Kommunen. Das ist genauso wichtig für Investitionen in den Fuhrpark oder in Fotokopierer wie für Entscheidungen zur Vorsorge gegen die Risiken des Lebens.

Damit will ich Sie zum Empfang im Foyer entlassen. Ich muss aber noch eine wichtige Regieanweisung für das Abendessen loswerden.

Unsere Stammgäste sind es aus jahrzehntelanger Tradition gewohnt, dass Ihnen zum Abendessen ihre Tische zugewiesen werden. Sie wissen auch, dass wir in der Vergangenheit immer peinlichst darauf geachtet haben, dass sich keiner davonschleicht und an falschen Tischen herumhockt. Das ging immer streng nach Protokoll und Würdigkeit.

Wir haben uns nun dazu entschlossen, Freiheit und Selbstbestimmung mit unseren Gästen zu probieren und das Prinzip der spontanen Ordnung wirken zu lassen, auch wenn es zu einzelnen Pöbeleien kommen sollte.

(Heiterkeit)

Allerdings gibt es ein paar Gäste, die wir besser im Auge behalten sollten und die wir deshalb an den Tischen eins bis vier vorgesehen haben. Im Übrigen besteht freie Platzwahl. Bitte gehen Sie mit dieser neuen Freiheit verantwortungsvoll und besonnen um. Vermeiden Sie auf der Suche nach einem guten Platz Panik im Saal und empfehlen Sie sich vor allem jetzt im Foyer durch gute Manieren und geistreiche Gespräche als aussichtsreicher Kandidat für eine angenehme Tischgesellschaft. Sie schaffen das schon!

Zum Schluss ein Dank an die DZ BANK, die uns wieder ein großzügiger Gastgeber war.

Vielen Dank, dass Sie mir nach einem so langen Tag noch so aufopferungsvoll und geduldig zugehört haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)



Die Sternsinger der katholischen Kirchengemeinde „Heilige Familie“, Düsseldorf-Stockum, zusammen mit ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke, Hans-Joachim Hering, Uwe Fröhlich, Michael Bröcker und Andreas Ehlert

Grußwort zum Abendessen

**Uwe Fröhlich,
Co-Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich darf Sie sehr herzlich bei uns in der DZ BANK in Düsseldorf begrüßen. Das tue ich nicht nur gern persönlich und im Namen auch meiner Vorstandskollegen, sondern natürlich auch stellvertretend für die über 900 Genossenschaftsbanken in Deutschland.

Vorhin ist viel über die Nähe zwischen dem Handwerk und den Genossenschaftsbanken gesprochen worden. Ich weiß, viele von Ihnen sind auch Mitglied einer Kreditgenossenschaft. Von daher fühlen Sie sich eigentlich am Ende ein bisschen zu Hause; denn wir sind eine streng subsidiäre Organisation. Alle Kraft geht von den Mitgliedern aus. Die Genossenschaftsbanken sind die Eigentümer der DZ BANK. Deswegen sind Sie quasi dann hier zu Hause. Herzlich willkommen heute Abend hier in der DZ BANK.

Wir haben vorhin schon ein bisschen über die Notwendigkeit der betrieblichen Altersversorgung gesprochen. Wer darüber hinaus noch ein paar gute Vorsätze für das neue Jahr braucht: Aus aktuellem Anlass empfiehlt sich vielleicht, ihr Passwort regelmäßig zu aktualisieren. Ich hoffe aber natürlich, Sie sind von den Datenleaks, über die Anfang dieses Jahres diskutiert worden ist, verschont geblieben.

Ob man nun zwingend dem Vorbild von Grünen-Chef Habeck folgen und sich von allen sozialen Plattformen zurückziehen muss, das sei dahingestellt. Man kann sich aber gleichzeitig fragen: Warum hat eigentlich so eine Meldung einen derartigen Nachrichtenwert? Warum ist uns das allen so mitgeteilt worden? Steht die Politik, stehen wir als Land nicht vor drängenderen Aufgaben? Wäre es nicht eigentlich angezeigt, sich diesen Fragen zu widmen?

Zweifelsohne ist das Thema „Datenschutz“ in Zeiten zunehmender Digitalisierung aller Lebensbereiche wichtig. Das gilt gerade mit Blick auf die Wirtschaft und das Handwerk. Die Gefahr ist eben nicht virtuell. Nach Schätzungen

des Bundesamtes für Informationssicherheit war jedes zweite Unternehmen allein im letzten Jahr einem Cyberangriff ausgesetzt.

Man hat den Eindruck, dass auch im neuen Jahr wieder schnell aufgeregte Debatten im Vordergrund stehen werden, während die wirklich brennenden Themen häufig in den Hintergrund gedrängt werden.

Doch die mediale Ablösung eines Problems durch ein anderes in der öffentlichen Diskussion darf man eben nicht mit der Lösung des Problems verwechseln. Die politische und mediale Bewirtschaftung von Launen ist für einen Standort wie Deutschland kein dauerhaft tragfähiges Konzept.

Sind beim bezahlbaren Wohnen trotz hitziger Diskussionen bei den rechtlichen Rahmenbedingungen denn wirkliche Fortschritte gemacht worden? Haben Sie als Unternehmer jetzt Planungssicherheit, ob Sie mit Ihrem Diesel in naher Zukunft noch zum Kunden in die Innenstadt fahren können? Überzeugen Sie die Vorschläge, wie wir in Zeiten des demografischen Wandels dem Fachkräftemangel begegnen sollen?

Und, um ein noch grundsätzlicheres Thema anzusprechen: Ist es nicht längst überfällig, das deutsche Steuersystem einmal ganz gründlich und systematisch auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu prüfen, statt sich mit unendlichen Solidebatten aufzuhalten?

Meine Damen und Herren, wenn die Politik es versäumt, praktische Antworten auf die grundlegenden und ganz realen Herausforderungen für unseren Standort zu geben, kann es einen eben nicht wundern, dass in der jüngsten Forsa-Umfrage das Vertrauen in Politik und Institutionen teilweise dramatisch zurückgegangen ist.

Ihnen als Handwerkern muss ich nicht erzählen, dass zu einem Auftrag auch immer die Lieferung gehört. Es wäre durchaus erfreulich, wenn dieser Grundsatz auch in der Politik wieder stärkere Beachtung finden würde. Denn an politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen wird es uns auch in diesem Jahr nicht mangeln.

Unser Chefvolkswirt in der DZ BANK, Stefan Bielmeier, hat sich dankenswerterweise schon



einmal Gedanken gemacht, was das Jahr 2019 bringen wird, und mir einige, für Sie vielleicht nicht völlig überraschende Thesen mitgegeben, die ich Ihnen natürlich nicht vorenthalten will.

Die erste These: Die wirtschaftliche Boomphase geht langsam zu Ende. Unsere Volkswirte rechnen mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent und damit auf ähnlichem Niveau wie im vergangenen Jahr. Die USA werden stärker wachsen als Europa. Bei uns wird der Schwung wohl spürbar nachlassen. Diese Entwicklung wird natürlich besonders davon abhängen, wie sich die Handelskonflikte weiterentwickeln.

Dazu die zweite These: Die Gefahr eines Handelskrieges ist nach wie vor nicht gebannt. Der zunehmende innenpolitische Druck in den USA stimmt in dieser Hinsicht nicht zuversichtlich, auch wenn es in den letzten Wochen wieder Zeichen der Annäherung speziell zwischen den USA und China gegeben hat. Die Herausforderung für Europa und ebenso für Deutschland wird es sein, in diesem Konflikt nicht weiter zwischen die Fronten zu geraten. Schließlich sind China und die USA für uns gleichermaßen wichtige Handelspartner.

Doch nicht nur in Handelsfragen – so die dritte These – wird der Euroraum weiterhin um Zu-

sammenhalt ringen. Das Jahr 2019 könnte ein Schicksalsjahr werden. So auch die einhellige Erkenntnis im Rahmen des Wirtschaftsgipfels, Herr Leitermann, zu dem die Zeitung „Die Welt“ – da waren wir gemeinsam in der vergangenen Woche - nach Berlin geladen hatte. Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der EVP im EU-Parlament und Spitzenkandidat für die kommende Europawahl, brachte es dort auf den Punkt. Er hat gesagt: Die kommende Wahl wird zeigen, wie handlungsfähig Europa ist. Denn noch nie traten so viele Populisten an, die Europa so verändern wollen, dass es nicht mehr unser gemeinsames Europa ist. Was, wenn die Europagegner vom Schlag des Front National im EU-Parlament gemeinsam eine Mehrheit erringen?

Die Botschaft ist wohl klar: Wir dürfen uns eben nicht allein auf die Rolle des Beobachters zurückziehen. Gefragt ist entschlossenes Handeln, damit Europa eine Zukunft hat.

Aus meiner Sicht muss es dabei aber vor allem darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit, den Markt und die klare Orientierung an Regeln zu stärken, statt unser Heil immer wieder hier in Deutschland, aber auch auf europäischer Ebene, in Transferzahlungen zu suchen.

Gerade Italien bleibt für die Stabilität Europas weiterhin ein ernstzunehmendes Risiko. Das

gilt auch mit dem Blick auf den dortigen Bankenmarkt, der vor fundamentalen Herausforderungen steht. Der aktuelle Fall der Banca Carige macht das erneut deutlich. Wir haben jede Menge Regeln auf europäischer Ebene zum Thema „Bankenabwicklung“ formuliert, definiert, gesetzlich verabschiedet. In Italien hat die Politik wieder nicht den Mut, diese Regeln zu nutzen, denn man hat Sorge vor den Wählern, die gleichzeitig Geld verlieren werden, wenn tatsächlich eine Bank hart abgewickelt wird, also auch ein bisschen die Schwierigkeit, die Regeln wirklich überzeugend in einer Demokratie umzusetzen.

Aber die Entwicklung in Italien mahnt uns auch weiterhin, klare Position gegen die europäische Vergemeinschaftung der Einlagensicherung zu beziehen, nicht zuletzt auch im Interesse unserer Kunden in Deutschland.

Meine Damen und Herren, Ausführungen zum weiteren Verlauf des Brexit erspare ich Ihnen an dieser Stelle. Seriöse Prognosen sind ja selbst der britischen Regierung nicht möglich. Unsere Einschätzung ist aber unverändert: Es gibt in diesem Spiel keine Gewinner. Das gilt gerade auch aus deutscher Sicht. Denn wir verlieren mit Großbritannien einen wichtigen und vor allem gleichgesinnten Partner in der zukünftigen Gestaltung der EU, vor allem aber einen unserer wichtigsten Handelspartner im Binnenmarkt. Dazu passt eigentlich nicht die Teilnahmslosigkeit, mit der wir politisch hierzulande auf die Ereignisse in London schauen, als wären wir gar nicht beteiligt.

Die vierte These lautet: Die Inflation zieht nur langsam an. Der zentrale Belastungsfaktor bleibt auch in diesem Jahr der Ölpreis.

Gleichzeitig – damit zur fünften These – setzt sich ein vorsichtiger Ausstieg aus der Geldpolitik – dieser ultralockeren Niedrigzinspolitik – der EZB hoffentlich fort. Dass die amerikani-

sche Zentralbank in dieser Hinsicht dann doch etwas mutiger als die europäische ist, das kann uns nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht wirklich verwundern. Aber wir hoffen, dass Herr Draghi nun zumindest an seinem Kurs hin zu einer Normalisierung der Geldpolitik festhalten wird. Das wäre auch für die deutschen Sparer eine kleine Erfolgsmeldung.

Sechste und letzte These: Die Schwankungen an den Märkten nehmen weiter zu. Das mag einen in Anbetracht zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Risiken nun wirklich nicht weiter verwundern. Doch damit steigen eben auch die Chancen, wenn man sich mit der notwendigen Vorsicht, aber eben auch mit Mut und Zuversicht in dieses neue Jahr wagt.

Meine Damen und Herren, natürlich sind Prognosen keine Gewissheiten, doch ich glaube, dieser kurze Ausblick macht deutlich, langweilig wird es uns allen im Jahr 2019 wohl nicht werden. Vor allem aber sind wir alle einmal mehr gefordert, uns aktiv einzubringen, gestaltend tätig zu werden und eben nicht abzuwarten, dass sich die Dinge von allein zu einem besseren verändern werden.

So will ich Ihnen nach all diesen Thesen doch noch eine echte Gewissheit für das Jahr 2019 mit auf den Weg geben: Was auch immer Sie geschäftlich planen und welchen unternehmerischen Herausforderungen Sie sich stellen werden, Sie können darauf zählen, dass die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und mit ihnen die DZ BANK, die genossenschaftliche Finanzgruppe, an Ihrer Seite sein wird.

Ich wünsche Ihnen und uns nun einen schönen Abend, gute Diskussionen und Gespräche – Herzlichen Dank!

(Beifall)

Bisherige Veröffentlichungen „Dialog Handwerk“

- 1.2018 Innovation und Wettbewerb in digitalen Zeiten –
Land der Chancen – Neue Wege in der Migrations- und Integrationspolitik
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 18. Januar 2018
- 1.2017 Nordrhein-Westfalen vor der Wahl: Situation und Perspektiven –
Zusammen stark – Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 12. Januar 2017
- 2.2016 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2016 an Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio
- 1.2016 Revolutioniert die Digitalisierung das Handwerk? –
Aufstieg durch Bildung und Arbeit – das Handwerk als Ort der Integration.
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 14. Januar 2016
- 1.2015 Was passiert, wenn der Zins verschwindet? – Folgen für Mittelstand, Kreditwirtschaft
und Altersvorsorge – Vertrauen als Treiber der Finanzpolitik – Perspektiven für Inno-
vation und Mittelstand. Dokumentation des Dreikönigsforums am 15. Januar 2015
- 2.2014 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2014 an S. Em. Karl Kardinal Lehmann
- 1.2014 Wie kann die Energiewende noch gelingen? Haben wir die Europäische Union überfordert?
Perspektiven der europäischen Idee. Dokumentation des Dreikönigsforums am 16. Januar 2014
- 1.2013 Wer regiert uns wirklich: Markt oder Politik? – Der Bürger und sein Staat aus theo-
logischer Sicht. Dokumentation des Dreikönigsforums am 17. Januar 2013
- 2.2012 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2012 an Bundespräsident a.D.
Prof. Dr. Roman Herzog
- 1.2012 Europa neu denken – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?
Dokumentation des Dreikönigsforums am 12. Januar 2012
- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, Staatsschuldenkrise in Europa: Ist die Finan-
zierung der Schuldnerländer alternativlos? Oktober 2011
- 1.2011 Mehr als Wirtschaft – Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?! Die Erneuerung der
Sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation des Dreikönigsforums am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzen-
den des Rates der Evangelischen Kirche, Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für
das deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance.
Dokumentation des Dreikönigsforums am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?
Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2009

Handwerk.NRW
Georg-Schulhoff-Platz 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 396848
Telefax 0211 9304966

www.handwerk.nrw
info@handwerk.nrw